Morgenausgabe

Nr. 607 / A 308 — 44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend 24. Dezember 1927

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Schiele blufft im Rundfunk.

Irreführung der öffentlichen Meinung über die Lage der Landwirte.

Genosse Schmidt (Köpenick) schreibt uns:

Reichsminister Schiele sprach am 22. Dezember im Rundfunk über das Thema: „Die Landwirtschaft in der Jahreswende". Seine Reden sind in der Regel eine Mischung von Dichtung und Wahrheit. So auch seine Funkrede.

In dieser Rede kam Schiele auf die Buchführungsergebnisse aus etwa 2500 landwirtschaftlichen Betrieben zu sprechen. Das Material hierüber ist vor einiger Zeit vom Enqueteausschuß veröffentlicht worden, und zwar für die Wirtschaftsjahre 1924/25 und 1925/26. Schiele wies dabei auf die große Zahl von angeblichen Verlustbetrieben hin. Die Art und Weise, wie das Betriebsergebnis von diesen famosen Buchführungsstellen errechnet wird, soll einer späteren Behandlung überlassen bleiben. Heute handelt es sich darum, eine besondere Leistung des Reichsministers Schiele richtigzustellen. Nach der „Deutschen Tageszeitung" Nr. 603 vom 23. Dezember 1927 sagte Schiele unter anderem wörtlich folgendes:

„Das Verhältnis der Betriebseinnahmen zu den Betriebsausgaben ist in den seit der Stabilisierung verflossenen Jahren durchweg so ungünstig gewesen, daß der Lebensunterhalt, die gegenüber früher um ein Vielfaches vermehrten Steuern und sonstigen Lasten und die wachsenden Schuldzinsen aus dem Betriebsergebnis nicht gedeckt werden konnten."

Diese Behauptung ist grundfalsch. Der Lebensunterhalt des Besitzers und seiner Familie ist nämlich laut Material des Enqueteausschusses schon bei den Leistungen und dem Aufwand des Betriebes verrechnet. Dasselbe trifft auch zu auf alle Realsteuern und sonstigen Betriebskosten. Was dann nach dieser Berechnung, die mehr eine Statistik ist, übrig bleibt oder nicht, ist in der Sprache dieser Buchführungsstellen Reinertrag oder Verlust eines Wirtschaftsjahres.

Unter unbaren Leistungen an den Besitzer, dem Mietwert der Wohnung des Besitzers und dem Lohnanspruch des Besitzers (Barentnahme), sind aus dem Zahlenmaterial die Summen leicht zu errechnen, die die Besitzer und ihre Familien zum Lebensunterhalt aus dem Betriebe erhalten haben.

Als Grundlage benutzen wir beispielsweise das Ergebnis aus 85 Betrieben in Norddeutschland. Das Material ist hier wie überall in bestimmten Betriebsgrößen dargestellt, und zwar nach Leistung und Aufwand je Hektar. Demnach wurde für Lebensunterhalt des Besitzers und seiner Familie verbucht im Wirtschaftsjahr 1925/26: Bei einem 20 Hektar großen Betriebe: 4660 M., 40 Hektar: 4720 M., 80 Hektar: 4560 M., 200 Hektar: 6200 M., 400 Hektar: 8800 M. und 800 Hektar: 16 000 M.

Es ist erbaulich, zu sehen, wie mit wachsender Betriebsgröße auch die Ansprüche steigen. Uebrigens ein sehr lehrreiches Kapitel für den Reichsfinanzminister. Gleichzeitig eine Frage, ob die Herren Großagrarier von ihrem Lohnanspruch auch Lohnsteuer zahlen. Bezüglich der aus dem Betrieb gedeckten sogenannten abzugsfähigen Steuern und Lasten sei nur kurz bemerkt, daß hierfür im Durchschnitt 20 M. pro Hektar verrechnet sind. Bei 800 Hektar sind dies weitere 16 000 M.

Es ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn solche Behauptungen verbreitet werden, daß den Landwirten noch nicht einmal der eigene Lebensunterhalt aus ihren Betrieben gesichert sei. Gibt es denn in diesem ausgesprochenen Reichslandbundministerium keinen Menschen, der sich in dieses wertvolle Zahlenmaterial des Enqueteausschusses etwas vertieft und dem Minister für seine Reden, wenn er schon Zahlen verwendet, auch die Begründung dazu unterbreitet?

Das Kapital ist international!

Deutsche Großindustrielle im Bunde mit Nationalpolen.

Kattowitz, 23. Dezember.

Die polnischen Wirtschaftsverbände haben für die am 4. März 1928 ausgeschriebenen Sejmwahl einen Aufruf erlassen, der zwar vermeidet, sich klar für eine bestimmte Partei auszusprechen, aber rücksichtslos nationalpolnische Tendenz hat und in ziemlich deutlichen Worten die These vom polnischen Nationalstaat verficht. Der Aufruf tritt ein für Stärkung der Befugnisse des Staatsoberhauptes, für Umgestaltung des Senats im berufsständischen Sinne und für die wirtschaftliche und nationale „Solidarität". Zwischen den Zeilen liest man deutlich das Bekenntnis zum antidemokratischen System Pilsudskis.

Es hat bei dem Deutschtum ganz Polens große Entrüstung hervorgerufen, daß diesen Wahlaufruf drei deutsche Generaldirektoren aus Ost-Oberschlesien unterzeichnet haben, nämlich die Herren Willger von der Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Wachsmann von der Rybnikker Steinkohlengewerkschaft und Geisenheimer vom Berg- und Hüttenmännischen Verein in Kattowitz!

Woldemaras' Koalitionsbedingungen.

Die Parteienstärke kein Maßstab.

Kowno, 23. Dezember. (DE.)

Zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung, die schon wiederholt als ganz nahe bevorstehend angekündigt wurde, erklärt der „Lietuvis", daß die Regierung dabei an die Verhandlungspartner zwei Forderungen stellen müsse: von den Klerikalen verlange sie, daß zu den Verhandlungen weder der Vorsitzende der Partei, Dr. Bistras, noch der Priester Krupavicius delegiert werden, weil diese beiden klerikalen Politiker „sich taktlos benommen und den Ministerpräsidenten Woldemaras persönlich beleidigt haben". Unter solchen Umständen sehe die Regierung keine Möglichkeit, sich mit diesen Politikern an einen Verhandlungstisch zu setzen, und andererseits mache die Höflichkeit es der klerikalen Partei zur Pflicht, andere Politiker zu den Verhandlungen zu wählen. Von der Linksopposition, d. h. von den Volkssozialisten und Sozialdemokraten fordert die Regierung eine unzweideutige Erklärung über das endgültige Abrücken dieser Parteien von den im Auslande agitierenden litauischen Emigranten. Das offiziöse Blatt weist noch besonders darauf hin, daß die Stärke der einzelnen Parteien in keiner Weise einen Maßstab für die Zusammensetzung der etwaigen Koalitionsregierung abgeben könne.

Die Streitigkeiten zwischen den offiziösen Blättern und den Organen der Opposition gehen unterdessen weiter. Von beiden Seiten wird versucht, die außenpolitischen Ereignisse zu der angestrebten Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse auszunutzen. Die offiziöse Presse wertet das von Woldemaras in Genf Erreichte sehr hoch und ist bestrebt, daraus für die Stellung des Ministerpräsidenten Nutzen zu ziehen. So berichtet z. B. der „Lietuvis", daß in der Oeffentlichkeit jetzt von Woldemaras mit größter Anerkennung gesprochen werde: man nenne ihn den „litauischen Bismarck", und immer wieder werde der Meinung Ausdruck gegeben, daß Litauen sichergestellt sei, solange Woldemaras am Staatsruder stehe. Dagegen will die Oppositionspresse einen ganz anderen Ausdruck der öffentlichen Meinung vernommen haben.

Attentat in Warschau.

Auf einen Journalisten.

Warschau, 23. Dezember.

Auf den Redakteur der „Gazeta Warszawska Poranna", Nowaczynski, ist heute abend von drei Unbekannten, einer als Polizist gekleidet, ein Anschlag verübt worden. Als der Redakteur sein Haus betreten wollte, wurde er von den dreien angehalten und ihm erklärt, daß er wegen eines Artikels sofort auf die Polizei kommen müsse. Darauf fuhren die drei mit dem Redakteur in einem Auto bis zur Stadtgrenze, schleppten ihn in eine abgelegene Gegend und verprügelten ihn bis zur Bewußtlosigkeit. Darauf versuchten sie, ihn in einen Teich zu ertränken, wurden aber im letzten Augenblick durch Hinzukommende daran gehindert. Die Attentäter flüchteten. Der Redakteur hat schwere Verletzungen an Kopf, Brust und Beinen erlitten; ferner wurde ihm ein Auge ausgeschlagen.

Ueber die Motive der Tat ist nichts bekannt. Man nimmt an, daß es sich um die ersten Anzeichen des beginnenden Wahlterrors in Polen handelt, zumal der Redakteur in der letzten Zeit durch verschiedene Artikel hervorgetreten war.

Todesurteile in Sowjetrußland.

Im nördlichen Kaukasus ist laut der „Bednota" soeben einer der in der letzten Zeit üblichen Massenvergewaltigungsprozesse zu Ende gegangen. Angeklagt war eine Anzahl Bauernburschen. Drei der Hauptbeteiligten wurden zum Tode verurteilt. Bekanntlich hat die Oktober-Amnestie eine Einschränkung der Todesstrafe angekündigt.

Sozialistischer Kampfkongreß.

Der Weg zur Einheit in der Tschechoslowakei.

Von Wilhelm Nießner, Prag.

Der erste internationale Kongreß der sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei ist für den 28. und 29. Januar nach Prag einberufen worden. Es nehmen an ihm teil die tschechoslowakische, die deutsche, die polnische und die karpathorussische sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Als Schlimmstes und für die Entwicklung der Verhältnisse im Staate verhängnisvollstes Erbe von Oesterreich hat die sozialistische Arbeiterbewegung der Tschechoslowakischen Republik die nationale Zerrissenheit empfangen. Es sind mehr als zwanzig Jahre verflossen, seitdem deutsche und tschechische Sozialdemokraten auf dem Boden des alten Oesterreich sich zum letztenmal auf einem gemeinsamen Parteitag zusammengefunden haben. Die tschechische Sozialdemokratie stand an der Seite ihrer Nation, sie nahm während des Krieges hervorragenden Anteil an der tschechischen Auslandsrevolution. Dadurch ergab sich zwischen den beiden großen sozialdemokratischen Parteien des Landes eine Verschiedenheit der Einstellung zu dem aus dem Kriege und den Friedensverträgen hervorgegangenen neuen Staatsgebilde, das neben etwa acht Millionen Tschechen auch dreieinhalb Millionen Deutsche und andere Volkssplitter in sich einschloß, ohne daß bei der Gründung des Staates die Beziehungen der Nationen zu einander auf gerechter Basis geregelt worden wären.

So trug der staatliche Umsturz nur dazu bei, die Kluft zwischen den sozialdemokratischen Parteien zu erweitern. Die tschechischen Sozialdemokraten standen in der Regierung, die deutschen in schärfster Opposition. Die politischen und taktischen Gegensätze arteten in bittere Feindschaft aus. Die tschechische Sozialdemokratie in der Regierung, allein auf die Kräfte der tschechischen Arbeiterschaft gestellt, erwies sich dort gegenüber der an Selbstbewußtsein und Begehrlichkeit zunehmenden tschechischen Bürgerklasse als zu schwach und mußte, um sich in der Koalition zu erhalten, wichtige Zugeständnisse machen, die wieder dazu führten, daß die Kommunistische Partei in der tschechischen Arbeiterschaft verhältnismäßig stärker als in anderen Ländern an Boden gewinnen konnte. Die Arbeiterbewegung bot so ein Bild der Trostlosigkeit und Zerfahrenheit. Verschiedene Vermittlungsversuche der Sozialistischen Internationale schlugen fehl, da die Voraussetzungen noch nicht gegeben waren.

Die Verhältnisse änderten sich, als die Forderung der Agrarier nach Einführung von Lebensmittelzöllen zur Zerschlagung der ausschließlich aus tschechischen Parteien gebildeten Koalitionsregierung führte und die tschechischen bürgerlichen Parteien im Bunde mit drei deutschen Parteien nicht nur die Agrarzölle durchdrückten, sondern eine Regime der rücksichtslosesten kapitalistischen Klassenherrschaft errichten, das unter dem Deckmantel der nationalen Verständigung an die Demolierung der sozialen Errungenschaften und politischen Freiheiten ging. Das Parlament wurde in noch ärgerem Maße als es unter der tschechischen Koalition der Fall war, in eine seelen- und wissenlose Maschine verwandelt. Den schwersten Anschlag gegen die Interessen der Arbeitermassen bedeutet die im Zuge befindliche Verschlechterung der Sozialversicherung, die auch die Alters- und Invaliditätsversicherung in sich einschließt, ein Gesetz, das erst seit einem Jahre in Kraft ist und das von denselben tschechisch-bürgerlichen Parteien mit beschlossen wurde, die jetzt in Gemeinschaft mit den Deutschbürgerlichen an seiner Zerstörung arbeiten. Bliebe die Arbeiterbewegung weiterhin uneinig und kraftlos, sie würde bald auf die Trümmer ihrer bisher errungenen Positionen blicken können.

Die Scheidung der Klassen über alle nationalen Ideologien hinweg hat die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft vorausgesehen und ihr Verhalten darauf eingerichtet. Der Augenblick, da beide Parteien erkennen, daß der vereinigte Ansturm der Besitzklassen nur durch die Sammlung der proletarischen Kräfte abgewehrt werden kann, ist nun rascher gekommen, als man zu hoffen wagte. Auf die Kommunisten ist, wie überall, auf Hilfe im Kampfe gegen die Reaktion nicht zu hoffen, ihnen ist auch bei uns ihre unfruchtbare Eigenbrötler- und Spaltungspolitik wichtiger als das Gesamtinteresse des Proletariats. Um so mehr muß die Vereinigung der vier sozialdemokratischen Parteien des Landes angestrebt werden. Diese Vereinigung soll im Januar erfolgen.

Einer Anregung der tschechischen Sozialdemokraten zufolge werden in der zweiten Januarhälfte zum erstenmal wieder seit über zwanzig Jahren deutsche, tschechische, madjarische und polnische Proletrier auf einem Kongreß zusammentreten, ein Ereignis, das in näherer oder fernerer Zukunft für die Arbeiterklasse, aber auch für die Gestaltung der gesamten innerpolitischen Verhältnisse von größter Bedeutung sein wird. Ein Kongreß aller sozialdemokratischen Parteien der Republik!

Was anderswo als etwas Selbstverständliches gelten mag, in unserem Lande, das bisher die Sozialdemokratie nur

im Zustand der verhängnisvollsten nationalen und politischen Spaltung sah, bedeutet dies eine neue Phase, einen historischen Augenblick in der Arbeiterbewegung des Landes.

Der Kongreß der sozialdemokratischen Parteien wird der Organisierung und Mobilisierung gegen die unmittelbar drohenden Gefahren, der Abwehr der geplanten Verschlechterung der Sozialversicherung und dem Kampf gegen den Bürgerblock dienen, aber er wird, darüber kann es keinen Zweifel geben, auch über diese brennendsten Aufgaben hinaus eine starke Wirkung üben. Weder auf deutscher noch auf tschechischer Seite gibt man sich der Täuschung hin, daß dieser eine und erste Kongreß eine Vereinigung aller Gegensätze, die uns bisher trennten, bringen werde. Die nationalen, staatlichen und taktischen Probleme, über die wir uns zu einigen haben, sind zu groß und ernst, als daß sie in der kurzen Zeit, die für die Vorbereitung der Tagung bleibt, gelöst werden könnten. In einem Artikel des tschechischen Sozialdemokraten Abg. Dr. Meißner über den Kongreß spricht er den Wunsch aus, den Zusammenschluß, der der Erringung eines bestimmten Kampfzieles gilt, zu einem dauernden zu machen. Die Sozialdemokratie, so führt er aus, müsse den Mut haben, jedem Staatsproblem, auch dem nationalen, in die Augen zu sehen, dazu ihren Standpunkt haben und den Willen, sich damit zu befassen. Auch aus einer Rede eines anderen führenden tschechischen Sozialdemokraten, des Abg. Bechyne, geht der Wille hervor, die strittigen Probleme zu einer einvernehmlichen Lösung zu bringen, und eine über den Tag hinausreichende Verständigung vorzubereiten. Es ist selbstverständlich, daß dieser Wille auch bei der deutschen Partei lebt.

Die Bestrebungen auf Einberufung des Kongresses der sozialdemokratischen Parteien haben bei der Arbeiterschaft aller Nationen freudigsten Widerhall geweckt; denn damit keimt ihre größte Hoffnung der Erfüllung entgegen. Der Kongreß, der als Kampfkongreß gedacht ist, kann sich nicht allzu weitgehende Aufgaben stellen, er muß das Nächstliegende im Auge behalten, aber alles spricht dafür, daß er den Ausgangspunkt einer wirklichen und dauernden Verständigung bilden wird. Wenn erst einmal deutsche und tschechische Arbeiter wie auch ihre Vertrauensmänner einander nähertreten und brüderlich um ein gemeinsames Ziel ringen, wenn sie den hohen Wert des gemeinsamen Kampfes erkannt haben werden, wird das Band, das jetzt geknüpft werden soll, nicht wieder zerrissen werden können.

Die kommunistische und bürgerliche Presse sucht in altgewohnter Verbundenheit die Bedeutung dieses ersten internationalen Kongresses der Sozialdemokratie im tschechoslowakischen Staate herabzusetzen — ein fruchtloses Beginnen! Auch wenn nicht sofort alle zwischen uns schwebenden Fragen bereinigt werden können, die eiserne Notwendigkeit, die Sorge um die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft des Proletariats und das ehrliche Wollen werden diesen Anfang zu dem ersehnten Ende führen!

Schutz dem Mittelalter!

Das Erwachen des Staatsanwalts.

Ein Leser sendet uns folgende Zuschrift:

Ich lese im „Vorwärts" den Artikel „Schutz dem Mittelalter" und finde dort, daß der Staatsanwalt auch Anstoß an dem Bilde „Die papistische Pyramide" genommen hat. Ich wundere mich nur, daß der Staatsanwalt so lange Zeit gebraucht hat, um dieses Bild zum Fundament einer Anklage wegen Verächtlichmachung der katholischen Kirche zu machen.

Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß genau das gleiche Bild in dem großen Geschichtswerk „Weltgeschichte von Professor Pflug-Hartung" verwendet ist, das im Jahre 1907 im Ullstein-Verlag erschien. Das Bild befindet sich in dem Bande „Neuzeit 1500 bis 1650" auf S. 10. Dieses große Geschichtswerk ist herausgegeben von Pflug-Hartung unter Mitwirkung von 23 der angesehensten Professoren fast aller deutschen Universitäten. Es ist recht auffällig, daß die Staatsanwaltschaft nicht damals schon Verächtlichmachung der katholischen Kirche auch in diesem Werke gefunden hat.

Wir können dem Einsender mit einer Erklärung dienen: Mitunter schläft nicht nur Homer, sondern auch der Staatsanwalt. Wenn er aber dann erwacht, wird's fürchterlich!

Vielleicht aber wird die obige Mitteilung auch die „Germania" interessieren, die in der Bilderauswahl des Wendelschen Werkes eine „besonders gehässige Tendenz" erblicken will.

Der Weg zum öffentlichen Skandal.

Die Preußenkasse verweigert weitere Aufklärungen bis zur Bekanntgabe des Jahresberichtes.

Die von uns mehrfach behandelten hochbedenklichen Schwierigkeiten bei der preußischen Zentralgenossenschaftskasse verlangen, wie von der ganzen Oeffentlichkeit — bemerkenswerterweise nur mit Ausnahme der Rechtspresse — festgestellt wird, sofortige restlose Aufklärung der Preußenkassengeschäfte und eine sofortige Sanierung. Jetzt wird von der Preußenkasse, auf dem Weg über den Amtlichen Preußischen Pressedienst, erklärt, daß das Direktorium von einer weiteren Erwiderung gegen die erhobenen „Angriffe" absehen und erst im Jahresbericht, der kaum vor Ende Februar zu erwarten ist, darauf antworten wird. Das ist ein in hohem Maße gefährlicher und, man möchte fast sagen, toller Schritt.

Wir haben erst kürzlich selbst darauf hingewiesen, in wie großem Umfange die von der Preußenkasse gegebenen Erklärungen den im Preußischen Landtag und von uns gemachten Feststellungen widersprechen. Im letzten Heft des „Magazins der Wirtschaft" werden am 22. Dezember folgende weitere Feststellungen mit Tatsachen belegt: Das Gesamtengagement der Preußenkasse sei in diesem Jahre erheblich größer als im Vorjahre. Die vielfach vorgenommene Umschuldung habe der Preußenkasse nicht die geringste Entlastung gebracht. Sehr viele Kredite seien im Falle von Zwangsversteigerungen infolge der zu hohen Beleihung und der geringen Kauflust für Großgüter ungenügend gedeckt. Die von der Preußenkasse angegebenen Düngerkredite seien nicht nur entgegen den gemachten Erklärungen einfach geschätzt, sondern auch höher als sie angegeben wurden. Die Inanspruchnahme der Reichsbank im November 1927 übertreffe möglicherweise diejenige des Vorjahres um eine Viertelmilliarde. Die Verlängerung des 100-Millionen-Reichskredits bis März 1928 schwäche nicht nur die Preußenkasse im kritischen Augenblick der Frühjahrsbestellung, sondern bringe zum Jahresschluß auch das Reichsfinanzministerium in große Verlegenheit. Seit dem 30. November habe nach Höpker-Aschoffs Erklärungen die Anspannung der Preußenkasse sich noch verschärft. Ueber die Zusammensetzung und Güte ihrer Wechselkredite habe die Preußenkasse in der Tat keinerlei ausreichende Kenntnis. Und kein Zweifel sei schließlich darüber, daß die Beteiligung des Großgrunddbesitzes an den gewährten Krediten außerordentlich stark — bis zum dreifachen — über den von der Preußenkasse genannten Anteil hinausgeht. Die „Deutsche Bauernzeitung" stellt in ihrer letzten Nummer ganz ähnliche Dinge fest und schätzt, daß teilweise bäuerliche Kredite bestenfalls 30 Proz., Großgrundbesitzerkredite aber 70 Proz. ausmachen. Die Preußenkasse wisse nicht, wohin 75 Proz. ihrer Kredite gegangen seien.

Alle diese Feststellungen sind nur eine Bestätigung der in der Tat sehr gefährlichen Lage, in der das entscheidend wichtige Zentralinstitut des deutschen Genossenschaftswesens sich befindet. Es ist einfach unerträglich, daß die Preußenkasse jetzt erklärt, sie gehe auf die gegen sie gerichteten „Angriffe" nicht weiter ein. Dieses Verhalten ist so ungeheuerlich, daß seine Verurteilung schon keiner Begründung mehr bedarf. Wenn das preußische Finanzministerium einem solchen Verhalten zustimmt, geht die ganze weitere Entwicklung der Preußenkasse, gehen alle Gefahren, die daraus erwachsen werden, zu seinen Lasten.

Reinemachen in Braunschweig.

Ein Hetzer gegen Republikaner kaltgestellt.

Braunschweig, 23. Dezember. (Eigenbericht.)

Die braunschweigische Regierung hat den deutschnationalen Regierungsrat Hartwig, der bisher beim Polizeipräsidium beschäftigt war, in den Ruhestand versetzt. Hartwig war der Treiber in allen gegen Republikaner anhängig gemachten Verfahren. Als Vertrauensmann des Stahlhelms hatte er auf die Personalpolitik der früheren braunschweigischen Regierung einen unheilvollen Einfluß. Sein Gesinnungsgenosse, Regierungsrat Macke, ebenfalls beim Polizeipräsidium beschäftigt, wird gleichfalls in den nächsten Tagen entlassen werden. Die Entlassung dieser deutschnationalen Beamten wird in Braunschweig mit großer Genugtuung aufgenommen.

Was wird in Hessen?

Verhandlungen über die Regierungsbildung. — Staatsgerichtshof und Wahlen.

Darmstadt, 23. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen der hessischen Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei über die Neubildung der Regierung haben im Gegensatz zu den Verhandlungen mit dem Zentrum zu einer vorläufigen Verständigung geführt. Die Volkspartei hat im großen und ganzen die Forderungen der Sozialdemokraten anerkannt. Auch in Personalfragen hat sie sehr weitgehende Konzessionen gemacht.

Der Staatsgerichtshof für Hessen wird erst nach Neujahr zusammentreten und sich mit der Frage befassen, ob auch die Wahlen zum hessischen Landtag annulliert werden müssen. Der Staatsgerichtshof besteht aus acht vom Landtag gewählten Parlamentariern und fünf Richtern. Es ist anzunehmen, daß er die letzten Wahlen als rechtmäßig anerkennt.

Splitterparteien auf dem Kriegspfade.

Einspruch gegen Wahlgesetzänderung in Baden.

Karlsruhe, 23. Dezember.

Nachdem der Staatsgerichtshof in Leipzig die Aenderung der Landtagswahl-Gesetze in Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Strelitz für verfassungswidrig erklärt hat, weil sie mit den Vorschriften über die Gleichheit des Wahlrechts und über das Wahlgeheimnis im Widerspruch stehe, hat der Landesverband der Volksrechtspartei nunmehr die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die von ihm früher geltend gemachten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Gesetz zur Aenderung des Landtagswahlgesetzes angerufen.

Die neue Lohnsteuerformel.

Beispiele aus der Praxis.

Das Gesetz zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes, das der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten beschlossen hat, bringt für die Ermäßigung der Lohnsteuer folgende Vorschriften:

1. Die Ermäßigung der Steuer erfolgt diesmal nicht durch Erhöhung der steuerfreien Beträge, sondern durch einen Abschlag vom Steuerbetrag in Höhe von 15 Proz., bis zum Höchstbetrage von 2 Mark monatlich, 50 Pf. wöchentlich, 10 Pf. täglich usw. Diese Ermäßigung wird ohne Rücksicht darauf angewendet, ob bei der Berechnung der Steuer die prozentualen oder die festen Familienermäßigungen zugrunde zu legen sind. Ausgenommen sind nur folgende zwei Fälle: 1. einmalige Einnahmen, die neben dem laufenden Lohn oder Gehalt gezahlt werden, wie z. B. Gratifikationen, und 2. die unständigen Arbeiter, deren Steuerabzug wie bisher 2 bzw. 1 Proz. vom gesamten Arbeitslohn ohne Absetzung von steuerfreien Beträgen und Familienermäßigungen beträgt.

Die Berechnung der Steuer zerfällt also jetzt in zwei Teile: 1. die bisherige Berechnung, an der sich nichts geändert hat, und 2. die Berechnung der Ermäßigung, die neu hinzugekommen ist. Ein Erlaß des Reichsfinanzministers vom 19. Dezember 1927 — III e 5500 — gibt hierfür folgende Beispiele:

a) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern erhält einen Wochenlohn von 42 M. Es ist das System der festen Abzüge anzuwenden. Danach sind steuerfrei: 24 + 2,40 + 2,40 + 4,80 = 33,60 M. 42 — 33,60 = 8,40 M., davon 10 Proz. = 0,84 M., abgerundet 0,80 M. Dieser Betrag war nach der bisherigen Regelung einzubehalten. Nach der vom 1. Januar 1928 ab getroffenen Neuregelung ermäßigt sich jedoch der Steuerbetrag um 15 Proz., höchstens um 50 Pf. wöchentlich. 15 Proz. von 80 Pf. — 12 Pf. Die Steuer beträgt also künftig nur 80 — 12 = 68, abgerundet 65 Pf.

b) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern bezieht ein monatliches Gehalt von 450 M. Es ist das prozentuale System anzuwenden. Danach sind steuerfrei 100 M. Von dem Rest von 450 — 100 = 350 M. war die Steuer bisher 6 Proz. = 21 M. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab um 15 Proz., höchstens 2 M. monatlich. 15 Proz. von 21 M. = 3,15 M. Die Ermäßigung darf daher hier nur mit dem Höchstbetrag von 2 M. berücksichtigt werden. Die einzubehaltende Steuer beträgt also 21 — 2 = 19 Mark.

2. Außerdem bringt das Gesetz eine geringfügige Erhöhung der Grenze, bis zu der Kleinbeträge an Lohnsteuer nicht erhoben werden. Bisher unterblieb der Steuerabzug, wenn er wöchentlich den Betrag von 20 Pf., monatlich den Betrag von 80 Pf. nicht überstieg. Jetzt sind diese Beträge auf 25 Pf. bzw. 1 M. erhöht worden. Der Erlaß des Reichsfinanzministers bringt hierzu nachstehendes Beispiel:

Bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem Wochenlohn von 37 Mark betrug die Steuer bisher 10 Proz. von (37 — 33,60 M.) = 3,40 = 0,34, abgerundet 30 Pf. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab — 0,045 = 0,255, abgerundet 25 Pf. Dieser Betrag wird als um 15 Proz., höchstens 50 Pf. 15 Proz. von 0,30 = 0,045 M. 0,30 Kleinbetrag nicht erhoben.

Die Wirkung der neuen Vorschriften auf die Ermäßigung der Steuerbelastung je nach der Höhe des Einkommens und der Größe des Familienstandes ergibt sich aus nachfolgender Uebersicht:

Monatslohn M.	lediger Steuerpflichtiger bisher M.	ledigen Steuerpflichtiger künftig M.	ledigen Steuerpflichtiger weniger M.	Verheirateter mit 2 Kindern bisher M.	Verheirateter mit 2 Kindern künftig M.	Verheirateter mit 2 Kindern weniger M.
110	1,—	0,85	0,15	—	—	—
125	2,50	2,10	0,40	—	—	—
150	5,—	4,25	0,75	1,—	0,85	0,15
200	10,—	8,50	1,50	6,—	5,10	0,90
250	15,—	13,—	2,—	10,50	8,90	1,60
400	30,—	28,—	2,—	21,—	19,—	2,—
700	60,—	58,—	2,—	42,—	40,—	2,—

Die Uebersicht zeigt, daß die Ermäßigung sowohl bei dem Ledigen als auch bei dem Verheirateten in den unteren Einkommensschichten weit geringer ist als in den mittleren und höheren. Sie beträgt für den ledigen Steuerpflichtigen bei einem Einkommen von 110 M. nur 15 Pf. monatlich, bei 150 M. 75 Pf., bei 200 M. 1,50 M. und von 250 M. ab 2 M. Aehnlich ist das Verhältnis bei dem Verheirateten mit zwei Kindern. Hier ist der Höchstbetrag der Ermäßigung von 2 M. etwa bei einem monatlichen Einkommen von 300 M. erreicht.

Wie bisher gibt auch diesmal das Reichsfinanzministerium umfangreiche Tabellen heraus, aus denen der ermäßigte Steuerbetrag ohne weitere Berechnung abgelesen werden kann. Diese amtlichen Tabellen sind getrennt für monatliche, wöchentliche, tägliche und zweistündliche Lohnzahlung und können von den Arbeitgebern entweder unmittelbar von der Drucksachenverwaltung der Reichsdruckerei oder bei den Finanzämtern unter Vorauszahlung des Preises bestellt werden. Die außerordentliche Erschwerung der Berechnung, die durch die neue Ermäßigungsvorschriften eingetreten ist, kann aber durch diese Tabellen allein nicht beseitigt werden. Es ist bisher nicht gelungen, diese Tabellen allgemein einzuführen, so daß besonders in kleinen Betrieben die Gefahr entsteht, daß sich die unrichtigen Abzüge häufen. Diese Gefahr vergrößert sich dadurch, daß die Arbeiter selbst in vielen Fällen nicht in der Lage sein werden, sich ihren Steuerabzug nach den neuen Vorschriften richtig zu berechnen. Es ist zu bedauern, daß das Reichsfinanzministerium nicht wenigstens noch eine kleine Tabelle darüber aufgestellt hat, bis zu welchem Einkommen jeweils die 15prozentige oder die Ermäßigung um 2 M. monatlich anzuwenden ist.

Die neuen Bestimmungen finden erstmalig Anwendung auf den Arbeitslohn, der für eine Dienstleistung gewährt wird, die nach dem 31. Dezember 1927 erfolgt. Es kommt also nicht darauf an, wenn der Lohn gezahlt wird, sondern nur darauf, für welchen Zeitraum die Lohnzahlung gilt. Eine amtliche Erläuterung der neuen Vorschriften wird sich in dem abgeänderten Merkblatt über den Steuerabzug vom Arbeitslohn finden, das wie bisher auf den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich sein wird.

Beileidskundgebungen für Molkenbuhr.

Zum Ableben des vorbildlichen Vorkämpfers der deutschen Sozialdemokratie und Patriarchen des internationalen Sozialismus sendet die tschechoslowakische Sozialdemokratie den Ausdruck des tiefsten brüderlichen Mitleids.

Vorsitzender Hampl, Sekretär Dundr.

*

Die holländische sozialdemokratische Kammerfraktion bezeugt ihr Beileid zu dem Verlust, der die deutsche Sozialdemokratie traf durch den Tod des alten treuen Genossen Hermann Molkenbuhr.

Fraktionsbureau: Albarda, Vliegen, Tjerman.

Hugenberg macht Personalpolitik.

Die Hugenberg-Presse hat die inzwischen schon dementierte Zweckmeldung in die Welt gesetzt, die Reichsregierung beabsichtige, den Reichspressechef Dr. Zechlin abzuberufen und seine Stelle neu zu besetzen.

Das möchte Herr Hugenberg gern, daher die Schwindelmeldung. Wünscht er einen von den Seinen an der Stelle des Reichspressechefs zu sehen, damit er Hand in Hand mit der Devoll deutschnationale Wahlpropaganda betreibt?

Europäische Weihnachten.

Wollen sie die Weihnachtskerzen oder den Untersatz anzünden?

Baldwin und Ponsonby.

Auseinandersetzung über Kriegsdienstverweigerung und Völkerbundspflichten.

E. W. London, 23. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Abgeordnete der Arbeiterpartei Arthur Ponsonby, der Führer der internationalen Bewegung für Kriegsdienstverweigerung, hat am 8. Dezember dem britischen Ministerpräsidenten einen von annähernd 150 000 britischen Staatsbürgern unterzeichneten sogenannten „Friedensbrief" überreicht, in dem die Unterzeichner in feierlicher Form erklären, keinerlei wie immer gearteten Kriegs- oder Kriegshilfsdienst zu leisten. Der Ministerpräsident Baldwin hat nunmehr auf die von den Kriegsdienstverweigerern ins Feld geführten Argumente in einem ausführlichen Briefe geantwortet. Dieser Brief ist auch als politisches Dokument nicht ohne Interesse.

Baldwin betont eingangs, daß er den „Friedensbrief" sorgfältig studiert habe und die Regierung ebenso ernsthaft wie nur irgendeiner der Unterzeichner der Petition den Frieden aufrechtzuerhalten wünsche.

„Die gesamte auswärtige Politik der Regierung," fährt Baldwin wörtlich fort, „ist von dem einen Gedanken geleitet gewesen: Aufrechterhaltung des Friedens und Kriegsverhinderung. Unterstützung des Völkerbundes und sein Ausbau hat die Regierung ständig beschäftigt. Haben die Unterzeichner des Gelübdes, unter keinen Umständen zur Waffe zu greifen, bedacht, daß eine allgemeine Annahme oder auch nur ein weites Umsichgreifen ihrer Auffassung mit der selbstverständlichen Konsequenz der Auflösung der britischen Armee und Flotte den Zusammenbruch des Völkerbundes zur unvermeidlichen Folge haben würde? Die Stellungnahme der Unterzeichner des Friedensbriefes ist nicht nur eine Weigerung der Anerkennung des Genfer Protokolls (für das die Arbeiterpartei nachdrücklich eintritt. Anm. d. Uebersetzers), sondern auch eine Verwerfung des Völkerbundsstatutes selbst. Es läßt sich daher überhaupt kein größerer Ansporn zum Kriege, keine sichere Methode, dasjenige Uebel heraufzubeschwören, das gebannt werden soll, denken."

Baldwin versucht hierauf, diese allgemeinen Behauptungen zu erhärten. Er stellt fest, daß der Artikel 16 des Völkerbundsstatuts, welcher den Rat verpflichtet, „den verschiedenen beteiligten Regierungen vorzuschlagen, mit welchen Land-, See- oder Luftstreitkräften jedes Bundesmitglied . . . beizutragen hat",

ohne bewaffnete Macht nicht durchführbar

sei. Großbritannien wäre verpflichtet, aus dem Völkerbund auszutreten und damit nicht mehr länger in der Lage, eine führende Rolle bei der Lösung von Schwierigkeiten oder der Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zu spielen.

„Dasselbe gilt," so fährt Baldwin fort, „für die Locarnoverträge. Ihre Wirksamkeit beruht in weitem Maße auf dem Bewußtsein der Vertragsparteien, daß im Falle eines Angriffes ohne Provokation das ganze Gewicht Großbritanniens gegen den Angreifer in die Wagschale geworfen werden wird. Man beraube uns dieses Gewichtes, und die Verträge verlieren ihre ganze Bedeutung. Nicht darüber ist im Völkerbund Klage geführt worden, daß Großbritanniens Bewaffnung zu groß, oder daß sie eine Drohung für den Frieden der Welt sei, sondern daß diese Waffen nicht rückhaltloser dem Völkerbund zur Verfügung gestellt worden seien, um seinen Entscheidungen Nachdruck zu verleihen. Es ist ausgeschlossen, den Völkerbund durch Schwächung des Empires zu stärken. Ein völlig entwaffnetes und feindlichen Kräften ausgeliefertes England — nichts würde Neid und feindseliges Vorgehen so aufreizen, wie ein derartiger Zustand. Wir würden damit auf das Niveau einer Macht fünften Ranges herabsinken — unsere Kolonien würden uns entrissen werden, unser Außenhandel würde zusammenschrumpfen und Arbeitslosigkeit würde vom Lande Besitz ergreifen."

Baldwin stellt dann fest, es sei richtig, daß das Völkerbundsstatut zu einer größtmöglichen Verringerung der Bewaffnung, im Rahmen der nationalen Sicherheit, und zu gemeinsamem internationalen Vorgehen verpflichte. Großbritannien wäre ohnedies entschlossen, diese Verpflichtung zu erfüllen. Seine Rüstungen seien

schon jetzt unter dem Stande von 1914

und die Regierung hoffe, sie auf der Basis gemeinsamer Abmachungen mit anderen Ländern, noch weiter herabzusetzen.

„Schließlich und endlich: ist es nicht das Vorrecht sowohl, als auch die Pflicht eines jeden Engländers, in Verteidigung von Heim und Vaterland zur Waffe zu greifen? Ein Angriffskrieg ist eine Scheußlichkeit und ein Grauen. Ganz anders ein Verteidigungskrieg. Ist es nicht unser unveräußerliches Recht, uns selbst zu regieren, unsere nationalen Freiheiten und unsere Institutionen gemäß unseren nationalen Idealen und nicht gemäß den Weisungen eines fremden Eroberers zu entwickeln?"

Baldwin erinnert in diesem Zusammenhang — nicht gerade taktvollerweise — an den jüngsten Krieg und fragt, ob die Welt heute in einem besseren Zustande wäre, wenn England sich neutral verhalten hätte, „während Frankreich überrannt und Belgien zerstört" wurde. „Ich teile," schließt Baldwin seinen Brief an Ponsonby, „Ihre Sehnsucht nach Frieden, Gott behüte, daß er wieder gestört werde. Die britische Regierung arbeitet ununterbrochen und einig an seiner Aufrechterhaltung, es ist mir jedoch neu, daß der Sache des Friedens durch eine Schwächung unseres Landes gedient werden kann und ich weigere mich, zu glauben, daß unsere Landsleute, Männer und Frauen, sich im Falle der Notwendigkeit jemals weigern werden, unsere eigenen Freiheiten zu verteidigen oder ihren Anteil bei der Verteidigung der Freiheit der Welt zu tragen."

In seiner Antwort auf den Brief des britischen Ministerpräsidenten stellt Ponsonby fest, es gäbe — weit über die Unterzeichner des Kriegsverweigerungsdokuments hinaus — zahlreiche Menschen, die eine auf Sanktionen gestützte Stärkung der Autorität des Völkerbundes nicht für möglich hielten.

„Eine Aenderung des Völkerbundsstatuts ist deshalb notwendig. Wir sind der Meinung, daß

Angriff ohne Provokation eine Kriegsmythe

darstellt. Wir werden in dieser unserer Anschauung durch die Schwierigkeiten bestärkt, die sich bei der Formulierung des Begriffs Angriff und der Unwilligkeit, irgendeine derartige Formulierung anzunehmen ergeben haben. Solange es Waffen für internationale Konflikte gibt, ist auch das Wettrüsten mit seinen Folgen unvermeidlich. **Wir weigern uns zu glauben, daß die militärische Macht des britischen Reiches der Maßstab für das Gewicht und den Einfluß Großbritanniens im Rate der Völker darstellt.**"

Arthur Ponsonby sind seit der Ueberreichung der Petition so viele neue Unterschriften unter das Gelübde der Kriegsdienstverweigerung zugegangen, daß er beschlossen hat, seine Aktion fortzusetzen und dem Ministerpräsidenten zu gegebener Zeit Zehntausende weitere Unterschriften zu unterbreiten.

•

Nachschrift der Redaktion: Diese Debatte zwischen dem jetzigen englischen Ministerpräsidenten und dem ehemaligen Unterstaatssekretär für Auswärtiges in der Regierung Macdonald ist mit Objektivität und mit Achtung vor der Meinung des Gegners geführt worden. Das beschimpfende Schlagwort „Landesverräter", das in derartigen Debatten bei uns nur zu häufig gegen Pazifisten gebraucht wird, hatte in dieser Kontroverse keinen Raum. Diese Auseinandersetzung wirft eine Reihe von wichtigen Problemen sowohl grundsätzlicher wie taktischer Natur auf. Es ist nicht zu bestreiten, daß eine radikal-pazifistische Politik im Widerspruch steht zum Völkerbundstatut, das gegen einen Friedenstörer gemeinsame Sanktionen wirtschaftlicher und militärischer Art vorsieht. Dieser Einwand ist auch kürzlich auf der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf vom Genossen Paul Boncour dem 100prozentigen Abrüstungsprogramm der Sowjetregierung entgegengehalten worden.

Die Bewegung für die Kriegsdienstverweigerung, zu deren Führern in England Arthur Ponsonby bereits während des Weltkrieges gehörte, als Tausende von Briten aus religiösen oder politischen Gewissensgründen (conscientious objectors) jeden direkten oder indirekten Heeresdienst verweigerten und lieber schwere Gefängnisstrafen auf sich nahmen, bildet eine durchaus edle und nützliche Propaganda gegen den zum Kriege treibenden Nationalismus. Sozialisten können ihre Sympathie einer solchen Antikriegsbewegung nicht verweigern, auch wenn Sozialismus durchaus nicht prinzipiell identisch ist mit dieser tolstojanischen Form des Pazifismus.

Andererseits ist im gegenwärtigen Stadium der weltpolitischen Entwicklung eine sofortige und völlige Entwaffnung nicht denkbar, und sei es nur aus dem Grunde, weil einzelne große Staaten, z. B. Sowjetrußland, es grundsätzlich ablehnen, dem Völkerbund beizutreten oder auch nur Schiedsgerichtsverträge abzuschließen. Deshalb ist das ideale Ziel der restlosen Zerstörung aller Waffen nur etappenweise zu erreichen.

Es fragt sich nun, ob das Argument Baldwins, daß die allgemeine Kriegsdienstverweigerung den Austritt Englands aus dem Völkerbund und aus dem Rheinpakt von Locarno zur logischen Folge haben müßte, nicht bloß ein Vorwand ist, um die Abrüstung zu hintertreiben. In dieser Beziehung muß man allerdings angesichts der Gesamtpolitik der gegenwärtigen konservativen Regierung Englands höchst mißtrauisch sein. Baldwin wirft Ponsonby Unlogik vor, weil die von ihm geführte Bewegung im Widerspruch stehe zu dessen von der Arbeiterpartei vertretenen Gedanken des Genfer Sicherheitsprotokolls. Aber die Unlogik liegt dabei noch viel mehr auf seiten des konservativen Ministerpräsidenten, denn es ist ja seine Regierung, die das Genfer Protokoll zu Fall gebracht hat. Dieses Protokoll enthielt zum ersten Male eine praktische Definition des Angreifers. Das war ein unleugbarer Fortschritt, der die weiteren Abrüstungsmaßnahmen erleichtert haben würde. Aber erst kürzlich hat Chamberlain mit fadenscheinigen Argumenten zu beweisen versucht, daß diese völkerrechtliche Festlegung des Angreifers keinen Fortschritt, sondern eher einen Rückschritt bedeuten würde.

Deshalb mutet der ganze Widerlegungsversuch Baldwins unaufrichtig an. Erst wenn die jetzige englische Regierung ihre Obstruktion gegen das Genfer Protokoll und sogar gegen allgemeine schiedsgerichtliche Bindungen aufgegeben haben wird, erst dann wird man der Ehrlichkeit ihrer Kriegsgegnerschaft Glauben schenken können. Einstweilen muß vielmehr die Tatsache verzeichnet werden, daß die gesamte Politik Englands mit Recht als eine Hemmung für die Abrüstungsbestrebungen und sogar als eine Gefahr für den Frieden empfunden wird. Es seien in diesem Zusammenhang nur erwähnt: Englands Haltung auf der maritimen Dreimächtekonferenz im vergangenen Sommer, Englands Stellungnahme auf der letzten Genfer Völkerbundstagung, Englands Verhalten in der Genfer Abrüstungskommission, Englands Politik gegenüber Sowjet-Rußland und nicht zuletzt Englands wohlwollende Unterstützung aller ganz oder halbfaschistischen Regierungen in Europa (Italien, Ungarn, Bulgarien, Spanien). Solange diese Politik fortgesetzt wird, wird man in Baldwins Argumenten gegen Ponsonby keine ernsthafte Widerlegung, sondern nur einen Vorwand erblicken können, die Streitkräfte des britischen Reiches auf einer Höhe zu halten, die eine allgemeine Rüstungseinschränkung hemmt, wenn nicht gar unmöglich macht.

„Coeur Bube" im Renaissancetheater.

Endlich ein Treffer für Gustav Hartung, den Herrn des Renaissance-Theaters: Der junge französische Autor Jacques Natanson bricht in „Coeur-Bube" für den alternden reichen Liebhaber eine Lanze, mit Grazie, mit Esprit und mit gütiger Nachsicht für die Menschen, die sich im Irrgarten der Liebe nicht zurechtfinden. Ein wohlabgestimmtes Ensemble (Carola Neher, Max Gülstorff, Franz Lederer und Oskar Sima) tut das übrige, der Komödie den verdienten Erfolg zu sichern.

Dgr.

Arbeiterelend in Palästina.

Einstellung der Arbeitslosenunterstützung.

Haifa, 23. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Erregung unter den jüdischen Arbeitern Palästinas ist außerordentlich groß, weil sie die zur Sanierung des zionistischen Palästinabudgets eingesetzte Exekutive zum Hauptobjekt ihrer Sparpolitik ausersehen hat. Ohne Rücksicht auf die Notlage der fast seit einem Jahr beschäftigungslosen 8000 Arbeiter von Telaviv hat die Exekutive die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung eingestellt.

Die Arbeiterschaft hat dagegen in Jerusalem und Telaviv Massenkundgebungen veranstaltet, die dank der Disziplin der Arbeiter völlig ruhig verlaufen sind. Unter dem Druck dieser Kundgebungen ist eine Verlängerung der Unterstützung auf zwei Wochen zugesichert worden. Angesichts der schlechten finanziellen Lage der zionistischen Organisation ist zu befürchten, daß sie auch beim besten Willen außerstande sein wird, weiterhin etwas zur Linderung der Notlage zu tun.

Die Führer der Arbeiterorganisationen versuchen alles, um die Massen, deren Geduld erschöpft ist, von übereilten Schritten abzuhalten. Die Lage ist namentlich in Telaviv sehr bedrohlich. Die palästinensische Regierung hat umfassende Vorkehrungen gegen Unruhen getroffen. Sie hat die englische Polizei in Jaffa verstärkt und außerdem die Waffenvorräte beschlagnahmt, deren Haltung bisher den jüdischen Arbeitern zur Abwehr von etwaigen arabischen Angriffen gestattet war.

„Die nicht alle werden."

Neue Konkurrenz für die Deutschnationalen.

Mit großem Pomp kündigen die Nationalsozialisten die Gründung eines neuen Blocks völkischer und „vaterländischer Verbände" an, der die Opposition gegen die Erfüllungs- und Entwaffnungspolitik für die kommenden Wahlen organisieren soll. Erfüllung und Entwaffnung sind diesen Leuten die Ursachen einer „zwangsläufig sich ergebenden Verelendung des ganzen deutschen Volkes und Enteignung der deutschen Wirtschaft" — es muß ihnen also im Kriege wirklich gut gegangen sein!

Nachdem der Staatsgerichtshof den Splitterparteien so große Aussichten eröffnet hat, kann man gespannt sein, was dieser neue „Block", ein Konglomerat aus unzufriedenen Deutschnationalen und zur Demokratie erwachten Völkischen, hinter sich bringen wird. Natürlich will der Block überparteilich sein — genau wie Hugenberg, national wie General Liebert, heldenhaft wie Ehren-Ehrhardt und bekennerfreudig wie Hans von Sodenstern, mit seiner „Deutschen Treue" (die alles zurücknimmt, wenn ihr Strafe droht).

Man sieht, wie verzweifelt die Reaktion nach Mitteln sucht, um sich vor den Wählern zu „tarnen". Auch der neue Block wird nur bei dem Kreis politisch Uninteressierter Aussichten haben, die auf alles hereinfallen.

Was aber bleibt denn noch der Partei derer, die nicht alle werden? — Das ist wohl die brennendste Frage, die jetzt im deutschnationalen Lager diskutiert wird, nachdem Hugenbergs Agitationsfrüchte so herrlich reifen und der „Fronvogt" Parker Gilbert von noch weiter rechtsstehenden Auchpolitikern als Propagandachef in Anspruch genommen wird?

Durchführung der Dreischichtenverordnung

Der DMV. gegen Ausnahmen.

Bochum, 23. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Besprechungen, die auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers am Donnerstag und Freitag in Dortmund zwischen dem Schlichter von Westfalen, Regierungsrat Brisch, bzw. seinen Vertretern, und den Vertretern der Unternehmer sowie der Gewerkschaften über die Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 stattgefunden haben, tragen den Charakter von informatorischen Vorverhandlungen, die in erster Linie der Darlegung der Auffassungen der Parteien dienen sollten. Es handelte sich um eine allgemeine Aussprache über die von den einzelnen Werken gestellten Ausnahmeanträge für die Durchführung der Dreischichtenverordnung. Nach den Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums sollen diese Anträge von Fall zu Fall durch den Schlichter behandelt werden, der eine Vereinbarung, und zwar ein sogenanntes Uebergangszeitabkommen zwischen der betreffenden Werkleitung und der Arbeiterschaft anstreben soll. In Fällen, wo keine Vereinbarung erreicht werden kann, soll der Schlichter durch Schiedsspruch entscheiden.

Bei den Verhandlungen am Freitag beharrte der Deutsche Metallarbeiterverband auf seiner bekannten Forderung der restlosen Durchführung der Dreischichtenverordnung vom 16. Juli 1927 am 1. Januar 1928. Des ferneren vertrat der Deutsche Metallarbeiterverband die Auffassung, daß die Behandlung dieser Frage außerhalb der Kompetenz des Schlichters liege. Gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Arbeitszeitverordnung vom 17. Juli 1927, in dem es heißt, daß der Reichsarbeitsminister nach Anhören der Länderregierungen einen Antrag auf Hinausschiebung des Durchführungstermins der Verordnung genehmigen kann, sei nur der Reichsarbeitsminister für die Entscheidungen zuständig. Aus diesem Grunde könne der Deutsche Metallarbeiterverband die Verbindlichkeitserklärung eines wegen der Durchführung der Arbeitszeitverordnung etwa gefällten Schiedsspruches des Schlichters nicht anerkennen. Die Entscheidung liegt nun beim Reichsarbeitsminister.

*

Bei den Verhandlungen für Oberschlesien, Siegerland und die anderen nicht zu Nordwest gehörenden Großeisenbezirke handelt es sich um eine Anpassung an die für Nordwest geschaffenen neuen Verhältnisse. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers über die Arbeitszeit der Stahl- und Walzwerke war zunächst nur für Nordwest getroffen worden; es muß jedoch auch für den übrigen Teil der Großeisenindustrie vor dem 1. Januar Klarheit geschaffen werden. Man wird also auch für den übrigen Teil zunächst noch Fristen für die Umstellung und allerhand sonstige Schonfristen in der Regelung der Arbeitsverhältnisse bewilligen, d. h. den Pelz zu waschen versuchen, ohne ihn naß zu machen.

Der Gewerkverein zum Ruhrschiedsspruch.

Dortmund, 23. Dezember.

Heute wurde hier in der Konferenz der Vertreter des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker) nach Erörterung des Ausgangs der Lohn- und Arbeitszeitbewegung in der Schwerindustrie einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Konferenz erblickt in der Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche eine zu starke Begünstigung der Großeisenindustrie, wobei die Arbeiterschaft, insbesondere aber die Lohnarbeiterschaft mit ihren unzulänglichen Verdiensten, auf lange Zeit hinaus schwer in der Erhaltung ihrer Existenz gedrückt bleibt. Für die Mitglieder des Gewerkvereins ergibt sich durch die jetzt geschaffene Rechtslage und die Stellung der anderen Metallarbeiterorganisationen ein zwangsläufiges Vertragsverhältnis, dem sie sich nun nicht entziehen können.

Keine Einigung in der sächsischen Hüttenindustrie

Dresden, 23. Dezember.

Die heutigen Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen in der sächsischen Hüttenindustrie haben trotz fast neunstündiger Dauer nicht zur Einigung geführt. Demzufolge wird am 28. Dezember die Schlichterkammer wiederum unter dem Vorsitz des Landesschlichters zusammentreten, um alsdann zur Frage der Fällung des Schiedsspruches Stellung zu nehmen. Es handelt sich wie bei der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie im wesentlichen um die Regelung der Arbeitszeit und der damit zusammenhängenden Fragen. An der Bewegung sind in Sachsen etwa 10 000 Arbeiter beteiligt.

Zehnstundentag und Sonntagsarbeit.

Wie sich der Einzelhandel das Arbeitsschutzgesetz vorstellt.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat zu den bevorstehenden Beratungen des Reichsrats über das Arbeitsschutzgesetz eine Eingabe an diesen gerichtet, in der die ganze rückständige Gesinnung dieser Arbeitgeberorganisation beredten Ausdruck findet.

Man leistet sich in dieser Eingabe zunächst den Scherz, das „Prinzip“ des Achtstundentages anzuerkennen, um im gleichen Atemzuge Mehrarbeit von 600 Stunden im Jahr für den Einzelhandel zu fordern. Selbstverständlich ist nach Meinung der „Hauptgemeinschaft“ eine solche Arbeitszeitverlängerung „im Interesse der Verbraucher“ erforderlich. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels tut hier so, als nähme sie die Interessen der Konsumenten wahr, obwohl sie keinerlei Auftrag dazu hat, während sie in Wahrheit eine kurzsichtige Profitpolitik treibt.

Die wirklich berufenen Vertreter der Millionen von Verbrauchern, die Gewerkschaften, haben dieses Unternehmerargument immer abgelehnt; sie fordern auch für den Einzelhandel die Durchführung des wirklichen Achtstundentages. Der von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels als „Prinzip“ vertretene Achtstundentag ist in Wirklichkeit ein Zehnstundentag.

Den Unternehmern des Einzelhandels genügt aber offenbar nicht einmal der Zehnstundentag. In ihrer Eingabe erklären sie weiter, daß der Einzelhandel besonderen Wert auf Anerkennung von Arbeitsbereitschaft beim Verkaufspersonal legt, auf die nach ihrer Meinung arbeitsrechtliche Autoritäten wiederholt hingewiesen hätten und deren umfangreiches Vorliegen durch genaue Untersuchungen festgestellt worden sei.

Das mögen schöne „Autoritäten“ sein. Sie sind ebenso sachverständig wie die Unternehmersyndizi, die davon faseln, daß durch genaue Untersuchungen ein umfangreiches Vorliegen von Arbeitsbereitschaft beim Verkaufspersonal festgestellt worden sei. Das können nur Leute „festgestellt“ haben, die von der anstrengenden Tätigkeit des Verkaufspersonals keinen Schimmer haben.

Es ist das stärkste Stück, ausgerechnet in diesen Tagen vor Weihnachten, wo das Verkaufspersonal in schlecht ventilierten Räumen und überlanger Arbeitszeit bis zu zwölf und vierzehn Stunden fast keine Minute zur Besinnung kommt, von einer umfangreichen Arbeitsbereitschaft zu reden, um auf diesem Wege dem Einzelhandel die Möglichkeit für eine noch weitergehende Verlängerung der Arbeitszeit zu verschaffen.

Doch nicht genug damit. Das Verkaufspersonal soll nicht nur vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten, man macht ihnen auch die Sonntagsruhe streitig. Es wird nicht nur die Beibehaltung der zehn Ausnahmesonntage verlangt, es sollen auch in solchen Gemeinden, in denen der Verkauf infolge schwieriger Verkehrsverhältnisse zur Versorgung der Landbevölkerung notwendig ist, an 30 Sonntagen eine Verkaufszeit von zwei Stunden zugelassen werden. Wie die Erfahrungen in Bayern und Württemberg zeigen, versteht man unter solchen Gemeinden auch die großen Städte. Das wäre dann nichts anderes als die vollständige Beseitigung der Sonntagsruhe.

Die Eingabe der Unternehmer ist für die Angestellten eine Weihnachtsüberraschung, auf die es für die Angestellten und Arbeiter nur eine Antwort gibt: Lückenloser Zusammenschluß in ihren freigewerkschaftlichen Organisationen. Dann werden es die Angestellten und Arbeiter erzwingen, daß auf ihre Menschenrechte mehr Rücksicht genommen wird.

Der Konflikt im „Welt-Kino“ beendet.

Vertrag mit dem Deutschen Musikerverband.

Wie uns vom Deutschen Musikerverband mitgeteilt wird, ist der Kampf des Verbandes mit der Direktion des neueröffneten Weltkinos beendet.

In Verhandlungen vor dem Arbeitgeberverband hat die Firma mit dem Deutschen Musikerverband einen Vertrag abgeschlossen, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen und die freien Tage der Musiker regelt. Die Firma hat sich weiterhin verpflichtet, für die Folge nur organisierte Musiker zu beschäftigen und diese über den Arbeitsnachweis der Organisation anzufordern. Die Kündigung der gesamten Kapelle ist zurückgenommen worden.

Der Hochbahnerstreik vor dem Arbeitsgericht.

Eine abwegige Entscheidung.

In mehreren stundenlangen Sitzungen beleuchtete das Arbeitsgericht die Rolle, die der kommunistische Stadtverordnete Deter in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Betriebsrats der Hochbahn beim letzten Streik dieses Verkehrsunternehmens gespielt hat. Die Direktion der Hochbahn behauptet, der Ausbruch des Streiks sei im wesentlichen auf das Betreiben Deters zurückzuführen, der schon längere Zeit vorher planmäßig auf den Streik hingearbeitet habe. Deter habe sich durch diese Tätigkeit einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht, denn das Betriebsrätegesetz verpflichte den Betriebsrat, für ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern Sorge zu tragen und den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren. Die Direktion der Hochbahn beantragte deshalb, Deter seines Amtes als Betriebsratsvorsitzender zu entheben.

Zum Beweise für ihre Behauptung berief sich die Direktion auf Ausführungen, die Deter als — Stadtverordneter in der Stadtverordnetenversammlung gemacht hatte. Ferner nahm die Direktion Bezug auf angebliche Aeußerungen Deters in Sitzungen und Versammlungen des Verkehrsbundes.

Der Sekretär des Verkehrsbundes, von dem Deter vor Gericht vertreten wurde, erklärte, daß Deter, wenn er als Stadtverordneter und als Verwaltungsmitglied seiner Gewerkschaft die Ansicht vertrete, daß ein Streik das beste Mittel sei, um die Forderungen der Hochbahner durchzusetzen, so habe er damit nicht seine Pflicht als Betriebsratsvorsitzender verletzt, sondern nur sein Recht als Stadtverordneter bzw. Gewerkschaftler ausgeübt. Wenn das den Betriebsratsmitgliedern nicht gestattet sein solle, dann dürfte sich ein Gewerkschaftsmitglied überhaupt nicht in den Betriebsrat wählen lassen. Von einer Pflichtverletzung könnte nur dann die Rede sein, wenn Deter in seiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender und mit Benutzung der Einrichtungen des Betriebes für den Streik gewirkt hätte.

Als es nach langen Verhandlungen den Anschein hatte, als ob sich das Gericht den Standpunkt des Gewerkschaftsvertreters zu eigen machen könnte, kam der Vertreter der Hochbahn mit einem neuen Beweisantrage. Er behauptete nämlich, Deter habe schon Ende September von der Leitung des Verkehrsbundes verlangt, sie solle die Lohnbewegung so führen, daß am 2. Oktober, dem Geburtstag des Reichspräsidenten Hindenburg, der Streik einsetzen könne. — Die Beweiserhebung über diese Behauptung wurde wegen Gefährdung von Betriebsgeheimnissen der klagenden Parteien unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vorgenommen.

Das Gericht erkannte auf Abweisung des Antrages der Hochbahndirektion, weil es in dem Verhalten Deters eine grobe Pflichtverletzung nicht erblicken konnte. Andererseits gab das Gericht seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Tätigkeit und die Aeußerungen einer Person nicht getrennt werden könnten nach den verschiedenen Funktionen dieser Person. Als Betriebsrat habe Deter auch außerhalb des Betriebes und in anderen Körperschaften nicht für den Streik des Betriebes, den er zu vertreten hat, wirken dürfen. Da er es tat, habe er seine Pflicht, wenn auch nicht gröblich verletzt. Deshalb hat ihm das Gericht als Disziplinarinstanz der gesetzlichen Betriebsvertretung eine ernste Rüge ausgesprochen.

*

So wenig wir mit der für die Hochbahner unheilvollen Tätigkeit Deters übereinstimmen, so wenig können wir uns dem Urteil des Arbeitsgerichts anschließen. Statt eines besonderen Schutzes der Betriebsräte würde das Betriebsrätegesetz nach der Auslegung des Arbeitsgerichts geradezu eine Anweisung zu Maßregelungen wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit sein. Gerade durch einen erfolgreichen Streik kann ein durch schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse mangelhaft funktionierender Betrieb wieder normal funktionieren. Wie ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitern und Unternehmern am besten herzustellen ist, das ist eine subjektive Auffassung, über die kein Gericht zu entscheiden hat.

Konferenz in Ostoberschlesien.

Zur Abstellung der Beschwerden der deutschen Arbeiter.

Die zur Abstellung von Arbeiterbeschwerden in Polnisch-Oberschlesien durch die Genfer Abmachungen vorgesehene Kommission hält voraussichtlich Mitte Januar eine Konferenz in Kattowitz ab. An der Besprechung nimmt auch Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, teil. Thomas wird auf der Reise nach Kattowitz Berlin berühren.

Zur Abstellung der Arbeiterbeschwerden, wie sie z. B. wegen Zurücksetzung deutscher Arbeitskräfte bei der Arbeitsvermittlung lautgeworden sind, wird eine regelmäßige jährliche Zusammenkunft der Oberschlesienkommission nicht schaden, wenngleich bisher in Genf vielfach der Eindruck bestand, daß man in Oberschlesien nicht viel von der Zusammenkunft des Komitees hielt und mehr an eine direkte Regelung der strittigen Angelegenheiten dachte. In dem Artikel 586 der Konvention ist vorgesehen, daß mindestens einmal im Jahr eine Zusammenkunft stattfinden soll.

Besprechungen im Kanalschiffahrtskonflikt.

Zur Beilegung der Aussperrung in der westdeutschen Kanalschiffahrt hat der Schlichter für Rheinland und Westfalen, Regierungsrat Brisch, die Unternehmer und Arbeiter zu unverbindlichen Besprechungen eingeladen, die am 4. Januar in Dortmund stattfinden sollen.

Nachdem der scharfe Frost plötzlich wieder gewichen ist und damit die Kanalreeder in ihrem Kampf gegen das Personal wieder um eine Hoffnung ärmer geworden sind, werden sie vielleicht bei den Besprechungen etwas zugänglicher sein als bisher. Sind sie es nicht, dann müssen sie die Folgen tragen; denn die Arbeiter denken nicht daran, klein beizugeben.

Verhandlungen für Reichs- und Staatsangestellte.

Von den an den Tarifverträgen mit der Reichs- und preußischen Staatsregierung beteiligten AfA-Organisationen — Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband — wird uns mitgeteilt:

Nachdem am 20. Dezember die Vertreter der Organisationen vom Reichsfinanzminister Dr. Köhler empfangen wurden, sind die Verhandlungen am 23. Dezember fortgesetzt und dann auf den 28. Dezember 1927 vertagt worden. Eine Einigung ist bisher nicht zustande gekommen.

Die seit dem 1. Oktober 1927 im Hinblick auf die Gehaltsneuregelung gewährten Mehrbeträge sollen ab 1. Januar 1928 anderweitig festgesetzt werden.

Weihnachtsfeier der Lithographen.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen und Steindrucker veranstaltete am Donnerstagnachmittag im Gewerkschaftshaus für die arbeitslosen Mitglieder eine Weihnachtsfeier, zu der fast alle 220 Arbeitslose, zum Teil mit ihren Angehörigen, erschienen waren. Wie in den früheren Jahren, so war auch diese Veranstaltung nicht einfach eine Zusammenkunft schlechthin, sondern eine wahre Feierstunde. Die Darbietungen der Kapelle Gebrüder Steiner und des Kammersängers Louis von de Sande ließen die Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wenigstens ein paar Stunden die Sorgen des grauen Alltags vergessen.

Genosse Gustav Hoffmann ermunterte in seiner Ansprache die Erschienenen, ob ihres Schicksals nicht zu verzagen, das sie gerade in der Zeit am schwersten trifft, in der nach der christlichen Lehre „Friede auf Erden“ herrschen solle.

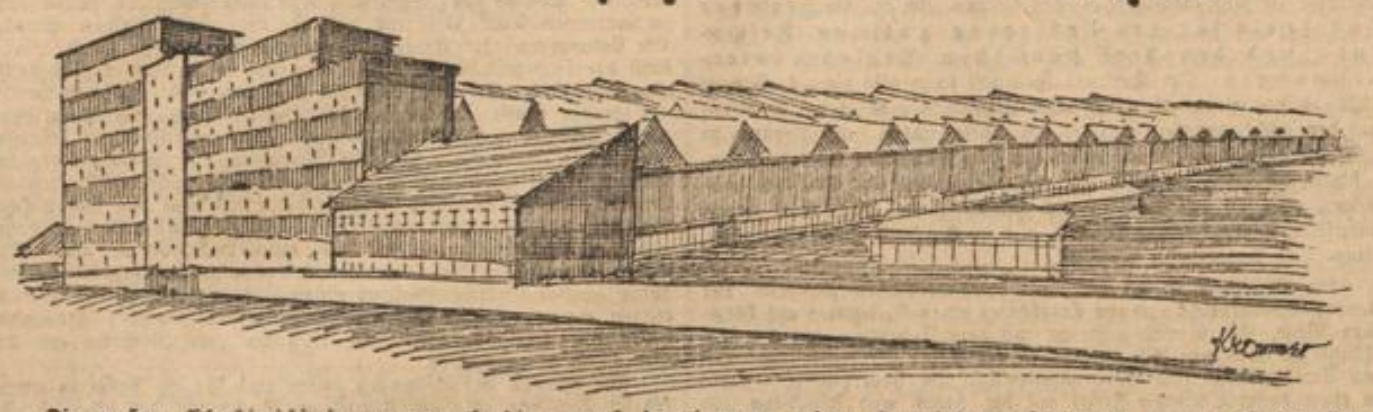
Die Arbeitslosen erhielten außer einem warmen Essen, das allen bei der vortrefflichen Musik gut mundete, ein Paket mit Lebensmitteln der Konsumgenossenschaft. Für die Kinder gab es noch einige Näschereien für den Weihnachtstisch sowie für die ledigen Erwerbslosen eine Extraunterstützung von 10 M. und für die verheirateten von 15 M. Auch diese Feier war wieder ein Beweis für die mustergültige Solidarität, die unter den Mitgliedern dieser Berufsorganisation Tradition ist.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Hierdurch geben wir bekannt, daß am Dienstag, 27. Dezember, unser Bureau geschlossen bleibt.

Deutscher Werkmeisterverband. Geschäftsstelle Bezirk X. Des Weihnachtsfestes wegen bleibt die Geschäftsstelle vom Sonnabend, 24. Dezember, bis Dienstag, 27. Dezember, 6 Uhr, geschlossen. Gleichzeitig bringen wir zur Kenntnis, daß der Jahresabschlußarbeiten wegen die Geschäftsstelle auch am Sonnabend, 31. Dezember, geschlossen ist. P. Rois.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Sxlorn; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“

Die elektrische Stadtbahn.



Die großen Elektrifizierungsarbeiten auf der Berliner Stadt- und Ringbahn und den Anschluß- und Vorortstrecken nach Spandau-West, Potsdam, Stahnsdorf, Grünau, Spindlersfelde, Erkner und Kaulsdorf sind im letzten Jahre rüstig fortgeschritten. Nicht weniger als 144 Millionen Mark weist der Voranschlag für diese Arbeiten auf. 13600 Arbeiter wurden Ende des ersten Baujahres mit diesem Werk beschäftigt. Davon entfielen auf die elektrotechnische Industrie 3200, die Waggon- und Maschinenfabriken 1800, die Hochbau-, Eisenkonstruktions- und Tiefbaufirmen 7900 und auf die Reichsbahn 700 Arbeiter. Zur Errichtung der Stromschienenanlage werden insgesamt 435 Kilometer aus Weicheisen bestehende Stromschienen im Gewicht von 17400 Tonnen gebraucht, ferner 72000 Böcke und 144000 Isolatoren. Ein großer Teil dieser Stromschienenanlage ist bereits vollendet worden. Das Interessanteste aber ist die Tatsache, daß man durch die Wahl eines besonderen Wagentyps, dessen Gewicht ohne Verminderung der Festigkeit oder Betriebssicherheit auf das äußerste beschränkt wurde gegenüber den ersten elektrischen Probewagen, eine Gewichtsersparnis von fast 25 Proz. erzielt hat. Das aber wirkt sich vor allem in der Verminderung des Energiebedarfs zum Betrieb der elektrifizierten Stadt- und Ringbahn aus. Dieser Energiebedarf hätte bei der Verwendung des Probezuges, der im Jahre 1925 auf der Berliner Strecke lief, jährlich 130 Millionen Kilowattstunden betragen. Nicht weniger als 23 Millionen kWh werden infolge der Gewichtsverminderung der Züge erspart. Zur Inbetriebsetzung der völlig erneuerten Stadt- und Ringbahn war auch vor allem die Schaffung eines neuzeitlich eingerichteten Ausbesserungswerkes notwendig. Mit dem Bau dieses Werkes wurde im August 1926 begonnen. Bereits nach einem Jahre, im Oktober 1927, konnte dieses Werk seinen Betrieb aufnehmen. Hier werden die elektrischen Einrichtungen in die Wagen eingebaut und sämtliche Reparaturarbeiten des neuen Betriebes erledigt werden. Auch die Elektrische Abteilung des Reichsbahnausbesserungswerkes Tempelhof wird man zur Vereinheitlichung des Gesamtbetriebes hierher verlegen. Der riesige Bau, von dem die oben gegebene Abbildung einen anschaulichen Eindruck wiedergibt, wird nach einer Gesamtbauzeit von etwa 14 Monaten vollendet sein.

Urteil im Prozeß Egloffstein u. Genossen

Ein Weihnachtsgeschenk für die Angeklagten.

Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht Egloffstein-Oertel wegen Hehlerei in einem Falle und Amtsanmaßung in zwei Fällen zu sieben Monaten Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft. Das Verfahren betreffs der Anklage der intellektuellen Urkundenfälschung und Tragen unbefugten Namens wie auch betreffs des Betruges in einem Falle wurde abgetrennt. Egloffstein wird aus der Haft entlassen. Die übrigen Angeklagten, Salwitschek, Wüstemann, Schlaim und Littmann werden an Stelle der verwirkten Gefängnisstrafe zu 90 resp. 120, 30 und 30 Mark verurteilt.

In der **Urteilsbegründung** führte der Vorsitzende u. a. aus, daß das Gericht im Punkte der intellektuellen Urkundenfälschung und der Führung eines falschen Namens sich nicht entschließen konnte, zu einem bündigen Schluß zu kommen, da die Verteidigung noch verschiedene nachzuprüfende Bekundungen gemacht hat, u. a. auch, daß der Verzicht auf das Adelsprädikat nur durch die Eintragung in die Adelsmatrikel rechtsgültig sei. In dem Klavierbetrugsfalle sei dem Antrage der Verteidigung entsprechend die Vernehmung eines weiteren Zeugen für erforderlich erachtet worden. — Egloffstein habe sich mit einem derartigen **Gespinst von Phantasie und Lügen** eingehüllt, daß es nur in wenigen Punkten möglich gewesen sei, es zu durchbrechen. Bei der Strafzumessung sei zu erwägen gewesen, **daß der Strafvollzug leider nicht über entsprechende Anstalten für geistig Minderwertige** verfüge. Aber gerade diese geistige Minderwertigkeit lasse es unbillig erscheinen, ihn für lange Dauer in Sicherheitsverwahrung zu nehmen.

Egloffstein konnte seine Freude über das so milde Urteil kaum verhüllen. Er blieb sich bis zum letzten Augenblick treu. Ganz so wie er dem Staatsanwalt nach dessen Rede zugerufen hatte: „Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem hervorragenden Plädoyer," so sagte er zu den Richtern nach der Urteilsfällung: „Meine Herren, Sie haben in jeder Beziehung . . ." Als der Vorsitzende abwinkte, blieb er mit offenem Munde und mit erstaunten Augen stehen. Statt seiner erklärte Rechtsanwalt Dr. Themal, daß die Verteidigung auf weitere Rechtsmittel verzichte. Egloffstein meinte aber mit breiter Geste: **„Meine Hochachtung, meine Herren Richter."** Dem Staatsanwalt rief er noch ein **„Danke"** zu. — Man müßte ein unverbesserlicher Optimist sein, um anzunehmen, daß dieses Urteil irgendwie für das weitere Gebaren Egloffstein-Oertels irgendwie von entscheidendem Einfluß sein würde. Und man geht wohl nicht in der Annahme fehl, daß man ihn früher oder später wieder vor den Schranken des Gerichts zu sehen bekommen wird. Vollständig zu Unrecht ist der Gefangenenfürsorge ein Vorwurf gemacht worden, daß sie Egloffstein nach der Entlassung aus dem Gefängnis nicht die erforderliche Hilfe habe angedeihen lassen. **Egloffstein ist kein Objekt für die Gefangenenfürsorge.** Es müßte schon eine Verkettung von besonders günstigen Umständen eintreten, um ihn für die Dauer in geordnete Bahnen zu halten. So war man fast versucht, ihm beim Verlassen des Gerichtssaales zuzurufen: „Auf Wiedersehen."

Ein trübes Sittenbild.

Das Ehepaar N., brave Arbeitsleute, hatten eine einzige Tochter. Sie waren um sie besorgt, so viel es möglich war. In welchem Proletarierhause herrscht aber Ueberfluß! So mußte die noch nicht Vierzehnjährige am Nachmittag Kindermädchendienste in dem Hause eines Feldwebels versehen. Eines Tages befand sich ein beurlaubter Reichswehrmann beim Feldwebel zu Besuch. Er tat der Kleinen Gewalt an. Das Kind schwieg. Es offenbarte sich auch nicht seiner Mutter. Möglich, daß dies Erlebnis nicht ohne Einfluß auf seine weitere sittliche Entwicklung blieb. Jedenfalls hatte eines Tages ein Gast ihres Elternhauses leichtes Spiel, als er sich an ihr in gleicher Weise vergriff. Jetzt erfuhren aber die Eltern, was ihrer Tochter zugestoßen war. Der Vater schlug sein einziges Kind, daß es fast die Besinnung verlor. Bald gesellten sich dem Kummer um das Unglück ihres Kindes neue Sorgen hinzu. Das sittliche Attentat schien nicht ohne Folgen geblieben zu sein. Die Mutter versuchte nun an ihrer Tochter verschiedene unschädliche Mittel. Die lieben Nachbarn glaubten aber sich in die Angelegenheit einmischen zu müssen. Sie denunzierten die Mutter der Polizei. Die Tochter wurde ins Polizeipräsidium geladen. Hier behielt man sie sechs Tage lang, und ihre Aussage war für die Mutter im höchsten Grade belastend. Eine Anklage wegen Abtreibung führte sie vor das Amtsgericht Berlin-Mitte. Das Mädchen war in Begleitung seiner Fürsorgerin erschienen. Aus dem Polizeipräsidium war es nicht mehr zu den Eltern zurückgekehrt. Zuerst kam es in ein Heim in Plötzensee, dann in eine Haushaltungsschule, wo sie sich noch heute befindet. Das Gericht sprach aber die Mutter frei: Zwar habe sie sich dringend verdächtig gemacht, eine Abtreibung beabsichtigt zu haben; doch sei ihr dies nicht völlig nachzuweisen gewesen. Ein trübes Bild, das zeigt, wie schwer es für Proletarierelternmanchmal ist, ihre Kinder von den sie umlauernden Gefahren zu schützen. Die Schuldigen, die sich an dem Kind vergriffen haben, sind den Gerichtsbehörden übergeben worden.

Verhaftung eines Falschmünzers.

Die „Bockbauerei" in der Stallschreiberstraße

Bei der Herausgabung von falschen Zweimarkstücken wurde am 3. November durch die Aufmerksamkeit eines Geschäftsmannes in der Eisenacher Straße ein arbeitsloser Kontorist Kurt Schröder festgenommen. Er behauptete, daß er die Falschstücke bei einem Verkauf von Anzugstoffen in der Münzstraße selbst als echt angenommen und jetzt nur die Absicht gehabt habe, sie wieder auszugeben, um sich vor Schaden zu bewahren.

Die Beamten der Reichsbankfalschgeldabteilung trauten dem nicht und ermittelten, daß Schröder in einem Café am Moritzplatz in einem verdächtigen Verkehr mit einem gewissen Schulz gestanden hatte. Dieser Schulz war lange nicht zu finden, weil er auf gelegentliche Fragen seiner Verwandten und Bekannten nach seiner Wohnung immer nur ausweichend geantwortet hatte. Erst vor einigen Tagen gelang es, ihn in einem Café festzunehmen. Jetzt zeigte sich, daß er bis vor kurzem einen Lagerkeller in der Stallschreiberstraße besessen und ihn nach der Verhaftung Schröders fluchtartig verlassen hatte. Gemietet hatte er den Keller unter dem Vorwand, daß er dort „Motorboote bauen" wolle. In Wirklichkeit hatte er ihn zur Herstellung von Zweimarkstücken hergerichtet, die Schröder für ihn vertrieb. Er hatte bereits einen neuen Keller gemietet, um die Falschmünzerei fortzusetzen und war auf der Suche nach einem neuen Vertreiber. Ein Falschstück hatte er als Muster noch bei sich. Der Verhaftete, der ein Geständnis ablegte, war im Jahre 1924 schon einmal festgenommen wurde, weil er mit mehreren anderen zusammen in einer Druckerei im Südosten der Stadt falsche Banknoten herzustellen versuchte. Nach Verbüßung eines Teils der Strafe hatte er Bewährungsfrist erhalten. — Von den falschen Fünfmarkstücken mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1927, über deren Auftauchen wir vor etwa 14 Tagen berichteten, sind auch bisher nur geringe Mengen in Umlauf gekommen. Aufmerksamkeit aber ist immer noch geboten. Die Falschstücke sind leicht kenntlich an ihrem Mindergewicht, sie wiegen fast 5 Gramm weniger als die echten Münzen, die etwa 25 Gramm schwer sind. Geschäftsleute können sich dadurch vor Schaden bewahren, daß sie jedesmal, wenn sie ein Fünfmarkstück in Zahlung erhalten und Verdacht hegen, dieses auf die eine und ein sicher echtes auf die andere Wiegeschale legen.

•

Die neue Volkswochenschau führt in treffenden und schönen Bildern zurzeit in der städtischen Jugendbühne in Lichtenberg, Holteistr. 7—9, unter anderem die Einweihung des neuen Berliner Riesenrundfunksenders in Zeesen, die internationale sozialistische Frauenkonferenz in Köln vor; ferner zeigt sie herrliche Aufnahmen vom Schweizer Wintersport, interessante Bilder

---

72]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Der Kommissar des Ernährungsrates, Chapko, sah alle mit den strengen Augen eines Hausherrn an und klopfte mit der Hand auf den Tisch.

„Wahrhaftig. . . . Bleib fest, Vorsitzender des Exekutivkomitees! . . . Jetzt gehts ums Ganze. Und in einem Monat werden wir uns das Bündnis mit dem Dorfe mit dem Knüppel in der Hand holen: Her mit der Naturaliensteuer! Teufelskulak. . . . Das ist nicht das Jahr Achtzehn: da muß der Zusammenschluß kommen und Schluß und Ende."

Niemand hörte ihm zu: man war es gewohnt, ihm nicht zuzuhören. Seine Späße sagte er mit einem bösen Blick, sagte sie für alle, aber nur er selber dachte über sie nach und hörte sie.

Luchawa drängte sich nervös zum Tisch durch, und mit hitzigen Worten brachte er folgenden Vorschlag ein: Den Genossen Tschumalow ins Industriebureau zur raschesten Erledigung des Beschlusses der Wirtschaftskonferenz zu kommandieren und verstärkte Anweisungen für die notwendigen Behelfe des Werkes durchzusetzen.

Und rasch und nervös ging er wieder auf seinen Platz neben der Bank, setzte sich auf seinen Stuhl, zog die Füße herauf und lehnte sein Kinn auf die Knie.

Gljeb trat zum Ingenieur Kleist, nahm ihn unter den Arm und lachte: „Ich fahre, so sicher, wie zweimal zwei vier ist. . . . Und einen Wirbel werde ich dort im Industriebureau machen, daß dich der Teufel holt! . . . Was sagst du, Genosse Techniker? . . . Das, Genossen, ist kein Techniker — sondern pures Gold . . . ein berühmter Spezialist der Sozialistischen Sowjetrepublik. . . . Glaubt mir's nur!"

Am nächsten Tag reiste Gljeb ins Industriebureau und versprach in einer Woche wiederzukommen.

Auf dem Werke schritt die Arbeit der Renovierung der Bauten und Schienen, der Maschinen und Mechanismen in allen Abteilungen vorwärts. Von früh bis vier Uhr dröhnte die glühende, von Staub und Grün übersättigte Luft zwischen den Bergen und dem Werke, das in den Nebelwellen bebte, mit dem Metall knarrte, mit den Drehbänken und Lauftörben schnarchte und mit tiefen Saiten unter den Fenstern des elektromechanischen Werkes sang.

Und der Bremsberg dröhnte ohne aufzuhören Tag für Tag mit den Lauftörben, in denen das Holz hoch aufgestapelt war. Und die Stahlseile spielten wie früher flötenartig auf den Rollen. Auf dem Ufer dröhnten die Waggons und die Kuckucks schrien, und das Holz, das durch die Hebel in die leeren Wagen befördert wurde, krachte wie ein Kanonenschuß.

Im blauen, glänzenden Hafen standen in unverständlicher Erwartung einsame, traurige Dampfer.

•

Dascha verbrachte ihre Tage in der Frauengruppe, in Sitzungen, wurde in verschiedene Orte kommandiert. Lisaweta versammelte jede Woche die Weiber im Theatersaale des Klubs, und bis zur Mitternacht tobte das Weibergeschrei und der Lärm und störte die Ruhe der nachdenklichen Wiesen und der waldigen Schluchten.

Und wenn sie im Finstern nach Hause gingen, hörten sie noch immer nicht auf zu schreien, und ihre Schreie glichen den früheren Zänkereien, als sie sich noch wegen der Hennen der Eier und anderer häuslicher Sorgen stritten. Wenn man aber hinhörte, — so war kein Zank in ihrem Geschrei, sie trugen die Erregung ihrer Weiberdiskussionen vom Klub auf die Straße.

„Lisaweta hat nicht recht . . . hat nicht recht."

„Schwatz nicht, Malaschka. . . . Lisaweta hat schon recht. Wir Weiber sind alle egal, ein Luder wie das andere."

„Wenn alle Luder sind, so will ich keines sein. . . . Ich werde mir die Haare schneiden. . . . Zöpfe, liebe Freundinnen, sind nur Schlingen für die Weiber: Zöpfe sind dazu da, — damit die Männer sie fest packen, und für die Weiber sind sie ein Unglück."

„Keine Spur. . . . Ihr könnt mich dreimal verfluchen, wenn ich nach der Pfeife eines losen Weibes herumtanzen würde . . . Die Heiligenbilder werde ich nicht wegnehmen, und ihr zum Trotz werde ich in die Kirche gehen. . . . Lisawetas Heim ist — ein fremdes Bett und das kommunistische Gesindel ist — ihre heilige Kirche."

„Ja, ja! Schaut nur, was aus den Burschen geworden ist . . . und die Mädeln — wie die Hündinnen sind sie . . . Jungkommunisten. . . . Früher hatte man Angst vor der Sünde, vor den Menschen, und jetzt — Jungkommunisten."

„Ach, ihr Teufelsgänse. . . . Prügeln euch eure bärtigen Ziegenböcke nach zu wenig."

„[illegible] selber eine Gans . . . und wirst bald ganz blöd werden, wirst verrückt werden. . . . Wenn du Mann und Kinder und Heim verlassen wirst."

„Ja, . . . darum kümmert man sich nicht um die Arbeiter — hat alle möglichen Geschäfte und Kaffeehäuser aufgemacht und die Weiber so . . . ganz freigelassen. . . . Krepiere, wenn du willst, als verfluchte Hure."

Und so war es jede Woche: Ob nun Lisaweta und Domacha an der Spitze der Versammlungen waren oder ob Dascha kam, um ihnen zu helfen.

Durch die Zelle und den Klub schusterte man zwei Gruppen zur Liquidierung des Analphabetentums zusammen, und als man den Unterricht begann — saßen nur Weiber an den Tischen. Und Dascha verstand es, mit ihrer Rede die Weiber mitten ins Herz zu treffen: Ihr sollt wissen, Weiber, ihr habt die Männer tüchtig geschlagen und habt euer proletarisches Klassenbewußtsein in glänzender Weise bewiesen. . . . Und die Weiber schrien und klatschten mit den Händen und glichen in ihrer mädchenhaft frischen Freude jungen Dohlen.

•

Jeden Tag ging Dascha morgens und abends in das Kinderheim Krupskaja, um Njurka zu umarmen, zu liebkosen, und sah, wie Njurka von Tag zu Tag wie eine Kerze schmolz. Njurka war mager wie ein Skelett und die Haut auf ihrem Gesicht war gelb und runzlig wie bei einer alten Frau. Njurka sah sie mit traurigen, uferlosen, schwarzumränderten Aeuglein an, und Dascha fühlte: diese Augen hatten etwas Großes, Undefinierbares gesehen und wurden jetzt klein für sie und waren dem Himmel und der Sonne fern. Njurka schwieg jetzt viel, ihre Augen und ihr Gesicht waren nachdenklich, und wenn Dascha von ihr Abschied nahm, war sie ganz gleichgültig.

Und Dascha erlebte zum ersten Male in diesem Jahre einen unerträglichen Schmerz, begrub ihn aber tief in ihrer Seele. Niemand bemerkte ihn, und nur Genossin Mjechowa sah sie einmal — von ihrem Tisch aus an, ihr Blick blieb an ihr plötzlich aufmerksam und beunruhigt haften.

„Was ist mit dir, Dascha? Du hast irgend eine Sorge."

„So. . . . Wie kommst du darauf, Genossin Mjechowa?"

Polja schwieg und tastete Dascha mit ihren müden Augen hinter den langen Wimpern ab. Und in diesen Augen bemerkte Dascha etwas, was den betrübten Augen Njurkas glich.

„Ich wußte nicht, Dascha, daß du heucheln und lügen kannst."

(Fortsetzung folgt.)

vom Segelfliegen, eine großartige Aufnahme einer Feuersbrunst in St. Louis, hübsche Trickaufnahmen und anderes mehr. Die Volkswochenschau steht in der modernen Filmberichterstattung mit der Reichhaltigkeit und Aktualität ihrer Aufnahmen an erster Stelle.

Krankenkassen und Aerzte.

Vergleichsvorschläge.

In der Mitgliederversammlung der Berliner Kassenärzte wurde ein Vergleich zwischen Krankenkassen und Aerzten angenommen, der die Beendigung des latenten Kampfzustandes in Berlin bedeutet. Wie erinnerlich, hatte ein Spruch der schiedsrichterlichen Instanz Krankenkassen und Aerzten eine Regelung der Familienversicherung in Berlin aufgegeben, wonach die Ambulatorien bestehen bleiben, aber sämtliche Kassenärzte an der Behandlung zu beteiligen seien. In ihrer Sitzung haben die Aerzte auf gewisse Rechte aus diesem Schiedsspruch verzichtet, um dabei einige andere strittige Fragen mit den Krankenkassen zu bereinigen. Die Entscheidung war stark umstritten. Trotzdem fand sich eine Mehrheit für die Annahme dieses Vertrages, da man um jeden Preis eine Beilegung des Konfliktes mit den Krankenkassen wünschte.

Die Kassen werden dem Vergleich nur dann beitreten, wenn der Hartmann-Bund (Leipziger Verband) und der Groß-Berliner Aerztebund den Boykott gegen die Ambulatoriumsärzte und die Aerzte des Berliner Kassenärztevereins aufheben. Soweit uns bekannt, herrscht im Hartmann-Bund eine Gegnerschaft gegen die Aufhebung des Boykotts. Erstmalige Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Ob nach dem Beschluß Berliner Aerzte sich der Hartmann-Bund eines besseren besinnt, wird abzuwarten sein.

Schwiegervater und Schwiegersohn.

Der Raubmord bei Kalau im Spreewald.

Am 16. Dezember wurde von einem Briefträger der 80jährige Landwirt und Uhrmacher Liesk in seiner Behausung in Greifenhain bei Kalau im Spreewald ermordet und beraubt aufgefunden. Der Leiche, die, an den Händen gefesselt, vor dem Bette lag, war ein Sack über den Kopf geworfen. Zur Unterstützung der Ortspolizei entsandte das Landeskriminalamt Berlin Kriminalkommissar Dräger an den Tatort. Die gemeinsamen Ermittlungen führten jetzt dahin, daß der Schwiegersohn des alleinstehenden Greises, ein Händler August Paulig aus Schniegelmühle, unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen worden ist. Paulig wußte, daß sein Schwiegervater ein Braunkohlenfeld verkauft hatte. Das Kaufgeld, 700 bis 800 M., sollte am 16. Dezember gezahlt werden. Liesk und Paulig hatten sich schon oft darüber unterhalten, wie dieser Betrag angelegt werden sollte. Ihre Meinungen gingen auseinander. Sie dachten an möglichst hohe Zinsen, Paulig zugleich auch an die größte Sicherheit. Deshalb war er nicht damit einverstanden, daß sein Schwiegervater den Betrag einem Manne zu geben beabsichtigte, der nicht als sicher gelten konnte. Dieser „faule Kunde“, wie er ihn nannte, sollte, ebenso wie das Geld, am 16. Dezember bei Liesk eintreffen, um es gleich mitzunehmen. Dem hat der Schwiegersohn zuvorkommen wollen. Während Paulig behauptete, daß er in der kritischen Zeit zu Hause gewesen sei und geschlafen habe, wurde ihm nachgewiesen, daß er sich in dem Orte aufgehalten hatte. Liesk, der ungemein mißtrauisch und vorsichtig war, hätte auch sicher keinen Fremden in die Behausung eingelassen. So spricht, nachdem der Alibibeweis des Verdächtigen einwandfrei widerlegt worden ist, alles dafür, daß er mit seinem Schwiegervater des Geldes wegen in Streit geraten ist, ihn erwürgt und einen Einbruch vorgetäuscht hat. Paulig wurde dem Amtsgericht in Kottbus vorgeführt.

Prozeß um einen Kochtopf.

Ein Lehrmädchen der Exportfirma Bienstiel u. Co. hatte aus dem Musterlager einen Aluminiumtopf entnommen, um darin das Wasser zum Nachmittagskaffee zu kochen. Das ging solange ungestört, bis eines Tages der Chef dahinterkam. Nun wurde dem Mädchen für das Wasserkochen in dem unbefugt entliehenen Topf eine Kostenrechnung von 26,50 M. aufgestellt. Der Betrag sollte dem Mädchen ratenweise vom Monatsgehalt, welches 50 M. beträgt, abgezogen werden. Nachdem bereits ein Abzug von 10 M. erfolgt war, klagte das Mädchen durch einen Vertreter des ZdA. beim Arbeitsgericht auf Zurückzahlung des Abzuges. Nun erfuhr man wie die Firma die Kosten für die unerlaubte Benutzung des Topfes berechnet. Sie sagt nämlich: Der, wenn auch nur zum Wasserkochen, gebrauchte Topf ist nicht mehr verkaufsfähig. Also muß ihn die Klägerin bezahlen und kann ihn behalten. Aber dieser Topf, der 3,50 M. wert ist, bildet den Bestandteil eines Satzes von 5 Töpfen, der 26,50 M. kostet. Wenn ein Topf aus dem Satz fehlt, kann die Firma von dem ganzen Satz keinen Gebrauch mehr machen. Deshalb soll die Klägerin den ganzen Satz bezahlen, der ihr dann, wenn der Abzug des vollen Betrages erfolgt ist, zur Verfügung steht.

Da das junge Mädchen noch lange keine Aussicht auf die Gründung eines eigenen Hausstandes hat, so kann sie von der Kücheneinrichtung, für die sie reichlich die Hälfte ihres Monatsgehalts zu zahlen hätte, keinen Gebrauch machen. Ihr Vertreter bestreitet der Firma das Recht, der Klägerin zwangsweise einen Satz Kochtöpfe aufzuhalsen und behauptet, der geforderte Preis sei viel zu hoch, die fraglichen Töpfe seien als Muster noch jederzeit zu verwenden. Davon könne sich das Gericht durch Augenschein überzeugen, die Firma solle also im nächsten Termin die Töpfe an Gerichtsstelle vorzeigen. Der nächste Termin kam, aber die heiß umstrittenen Kochtöpfe blieben aus. Die Firma verlangte aus formalen Gründen eine Vertagung des Prozesses.

Das Gericht machte dem Streit ein Ende, indem es entschied: Ob die Firma ein Recht hat, Schadenersatz von der Klägerin zu fordern, hat das Gericht im vorliegenden Falle nicht zu entscheiden. Es handelt sich nur darum, daß von dem Gehalt der Klägerin eine etwaige Forderung der Firma nicht in Abzug gebracht werden darf. Die bereits abgezogenen 10 M. sind der Klägerin deshalb zurückzuzahlen. Eine Schadenersatzforderung könnte die Firma in einer Klage ihrerseits geltend machen, aber selbst, wenn sie damit durchdringen würde, dürfte sie von einem Monatseinkommen von 50 M. keine Abzüge machen.

Proletarische Feierstunde.

Der Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet am 2. Feiertag, 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus eine Feierstunde. „Aus dem Guckkasten der Jahrhunderte“ heißt das Thema. Es werden kulturpolitisch-satirische Szenen aus verschiedenen Jahrhunderten im Kostüm der Zeit durch Schauspieler vom Staatstheater dargestellt. Eingeleitet wird die Feier durch ein Präludium für Orgel von Bach, hierauf hält Friedrich Wendel eine Ansprache, und erzählt, was im Guckkasten zu sehen ist. Danach marschiert eine Stadtkapelle auf, die alle Szenen mit entsprechender Musik unterstreicht. In der Darstellung wird mit der Gegenwart begonnen, der Sprechchor spricht eine Ballade von Klabund „Habt ihr vergessen, was man euch tat?“. Die Reihenfolge der Szenen geht nun so: Domherr und Schuster von Hans Sachs, ein Dialog zwischen Philipp von Spanien und Marquis Posa (aus „Don Carlos“) von Schiller. Aufruf aus dem Bauernkrieg 1525 — nach einem Flugblatt. Im Konvent — St. Just und Robespierre (aus „Dantons Tod“) von Georg Büchner. Zwei Spießer — Dialog: „Vor was hawwe mer jetzt eigentlich e Revolution gehabt?“ 1849. Der Fremde und der Bauer (aus dem Russischen) von Leo Tolstoi. Der Kriegskrüppel (1918) von Rothemelder. Epilog aus Empedokles von Hölderlin. Mit dem Präludium in C-Dur von Bach schließt die Feier. Der künstlerische Leiter ist Albert Florath, die Stadtkapelle besteht aus Musikern vom Staatstheater unter Leitung von Ernst Ulrich. Mitwirkende sind: Heinrich Witte, Lothar Müthel, Walter Werner, Franz Weber, Reinhold Köstlin vom Staatstheater, Paula Thetter-Lange, Ilse Mußdus, der Sprechchor für Proletarische Feierstunden, Organist Martin Fischer. Eintrittskarten à 1 Mark sind noch im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof 11, Zimmer 8, in der Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstraße 2, und am Tage der Veranstaltung im Vorraum des Theaters zu haben.

Der Berliner Einheitsfahrschein.

Ab 1. Januar Umsteigeverkehr zur Reichsbahn.

Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit: Wer von seiner diesjährigen Silvesterfeier in den ersten Morgenstunden des Neujahrstages heimkehrt, wird zuerst von einer wichtigen Neuerung im Berliner Verkehr Gebrauch machen können. Es ist dies der neue Fahrschein für den Uebergang zwischen Reichsbahn und den drei städtischen Verkehrsunternehmungen. Der Berliner Fahrgast kann also vom 1. Januar 1928 an mit einem durchgehenden Fahrschein eine Fahrt 3. Klasse auf den nachbenannten Strecken der Stadt-, Ring- und Vorortbahn und eine Anschlußfahrt auf einem der drei städtischen Verkehrsunternehmen Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn und Omnibus ausführen oder in der umgekehrten Richtung die Fahrt auf einem städtischen Verkehrsmittel antreten und im Anschluß daran die Stadt-, Ring- und Vorortbahn benutzen.

Die Neuerung ist im einzelnen folgendermaßen geregelt: Der Uebergangsfahrschein gilt zur Erreichung eines Reisezieles auf kürzestem Wege. Es ist nicht gestattet, mit dem Fahrschein auf der Anschlußfahrt nach dem Ausgangspunkt der Fahrt zurückzukehren. Auf den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen gilt der Uebergangsfahrschein zu einer beliebig langen Fahrt auf der Stadt- und Ringbahn und im Bereich der Nahzone der Vorortstrecken, also innerhalb eines Bereichs, der durch einen, durch die Stationen Eichborndamm, Waidmannslust, Blankenburg b. Berlin, Kaulsdorf, Köpenick, Spindlersfeld, Adlershof, Alt-Glienicke, Marienfelde, Lichterfelde-Ost, Lichterfelde-West, Grunewald und Spandau-West geschlagenen Kreis begrenzt wird. Von allen Fahrkartenausgaben innerhalb dieses Bereichs werden die Uebergangsfahrscheine ausgegeben. Der Preis beträgt 30 Pf. Der Schein bietet mithin gegenüber der Lösung von getrennten Fahrscheinen für die Reichsbahn und ein städtisches Verkehrsmittel je nach der Länge der auf der Reichsbahn zurückzulegenden Fahrt Ersparnisse von 5 bis 20 Pf. Die Frist, innerhalb der die Anschlußfahrt angetreten sein muß, beträgt wie bei den städtischen Verkehrsmitteln 1½ Stunden nach Lösung des Fahrscheins.

Der von den Reichsbahnstationen ausgegebene Uebergangsfahrschein hat die gelbe Farbe der neuen Einheitspappe. Auf der Vorderseite ist neben den wichtigsten Bestimmungen die Ausgabestation aufgedruckt. Nur auf dieser Station darf die Fahrt angetreten werden. Die Rückseite erhält bei der Ausgabe einen Stempelaufdruck mit Angabe des Tages in Form einer durch das ganze Jahr fortlaufenden Tageszahl und der nächsten vollen halben Stunde. Die Uebergangsfahrkarte gilt auf der Reichsbahn für die 3. Klasse. Will der Fahrgast die 2. Klasse benutzen, so fordert er gleichzeitig eine Zusatzkarte. Für diese wird der Preisunterschied zwischen zweiter und dritter Klasse für die auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn zurückzulegende Strecke, also in den meisten Fällen 10 Pf., berechnet. In jedem Falle muß die Zusatzkarte vor dem Besteigen der zweiten Klasse gelöst werden, da der Reisende andernfalls den bekannten Fahrpreiszuschlag verwirkt hat. Mit dem von den Reichsbahnstationen ausgegebenen Uebergangsfahrschein kann der Fahrgast auch einen Nachtomnibus, d. h. einen Omnibus, der um 1 Uhr nachts oder später die Abgangsstelle verläßt, übergehen. Er hat dafür an den Omnibusschaffner einen Zuschlag von 20 Pf. zu entrichten, wenn er seinen Uebergangsfahrschein erst nach 1 Uhr nachts gelöst hat. Omnibuslinien ohne Nummer sind allgemein von der Benutzung ausgeschlossen.

Die gleichen Bestimmungen gelten auch für die Fahrt in umgekehrter Richtung, also bei Antritt der Fahrt auf der Straßenbahn oder der Hoch- und Untergrundbahn oder dem Omnibus. Der Fahrgast muß am Schalter der Hochbahn oder beim Schaffner der Straßenbahn oder des Autobus ausdrücklich einen Fahrschein zum Uebergang auf die Reichsbahn fordern, um Verwechslungen mit dem Umsteigefahrschein der drei städtischen Verkehrsunternehmen zu vermeiden. Mit diesen Fahrscheinen zum Uebergang auf die Reichsbahn kann er nach der Hoch-, Straßenbahn- oder Omnibusfahrt auf der Reichsbahn eine beliebig lange Fahrt dritter Klasse auf den oben genannten Strecken zurücklegen. Er kann auch die zweite Klasse benutzen, wenn er beim Uebergang am Schalter der Reichsbahn eine Zusatzkarte löst. Will er ausnahmsweise über den Geltungsbereich des Uebergangsfahrscheins hinausfahren, so hat er beim Uebergang am Reichsbahnschalter eine Zusatzkarte für die Weiterfahrt zu lösen. Für diese wird das tarifmäßige Fahrgeld für die Reichsbahnstrecke abzüglich 15 Pf. berechnet.

Zum Raubüberfall im Vorortzug.

Die Schwerverletzte noch immer bewußtlos!

Die Ermittlungen zur Aufklärung des verbrecherischen Ueberfalls auf Dora Perske gehen unausgesetzt weiter. Von der Eisenbahnverwaltung sind sämtliche Fahrkarten, die an dem kritischen Tage auf der Strecke Zoo—Friedrichshagen abgegeben wurden, kontrolliert worden. Man hat eine ganze Reihe gefunden, die Blutspuren aufweisen. Wahrscheinlich aber sind diese in Händen von Wildhändlern und Schlächtern gewesen, die auf dem Magerviehhof den Zug bestiegen oder aus der Zentralmarkthalle kamen. Ob es um Menschen- oder Tierblut handelt, kann erst durch chemische Untersuchung festgestellt werden. Verschiedene Zeugen, die sich bei der Mordkommission meldeten, gaben ihre Bekundungen zu Protokoll. Diese werden in allen Einzelheiten nachgeprüft. Einen direkten Hinweis eines Fahrgastes, der Fräulein Perske gesehen hat, konnte man bisher nicht erlangen. Die Schwerverletzte liegt noch in hohem Fieber im Krankenhause und hat das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt. Es ist deshalb ausgeschlossen, auch nur den Versuch einer Vernehmung zu machen.

Explosion von Feuerwerkskörpern im Papierladen

In einem Papierwarengeschäft in der Gasteiner Straße 8 zu Wilmersdorf ereignete sich gestern eine folgenschwere Explosion von Feuerwerkskörpern. In einem Raum neben dem Laden lagerte für Silvester eine größere Menge von Feuerwerkskörpern, die sich aus noch unbekannter Ursache entzündeten und mit starkem Knall explodierten. Durch den Luftdruck wurde die Ladeneinrichtung schwer beschädigt und die Schaufensterscheibe zertrümmert. Der siebenjährige Hans Stepanowski aus der Holsteinischen Str. 3 in Wilmersdorf, der in diesem Augenblick die Unfallstelle passierte, wurde von den umherfliegenden Glassplittern getroffen und schwerverletzt. Die Feuerwehr schaffte das Kind mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Wilmersdorfer Krankenhaus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. B. Rosenberg: Denn Euch ist heute der Heiland geboren. Harmonium: Weihnachtsphantasie.

Funkwinkel.

Zu Alfred Kerrs 60. Geburtstag am 25. Dezember gab der Rundfunk eine Vorfeier. Willy Haas sprach die einleitenden Worte so, wie man sie sich zu einer Kerr-Feier wünschte: kritisch. Scharf kritisch, bisweilen vielleicht sogar ein wenig verständnislos für das Detail, aber nie verständnislos für die ganze, große Erscheinung des Dichter-Schriftstellers Kerr, der uns im Theater — in dem auf den Brettern wie in dem, das uns täglich umgibt —, unsere Gegenwart erkennen lehrte. Alfred Braun sprach Geburtstagsverse für Kerr von Theobald Tiger, und las dann aus dem Werk Kerrs schön und schlicht. — Eine halbe Stunde Weihnachtsvorfeier gab. Cornelis Bronsgeest, der stimmungsvoll Weihnachtslieder sang, von Bruno Seidler-Winkler am Flügel, von Ben Geysel an der Orgel begleitet. — Georg Hausdorf sprach zu dem Thema „Bildende Kunst und Berufswahl“. Er warnte: „Begabung ist noch nicht Talent. Mancher kann hübsche Fähigkeiten auf einem Gebiet der bildenden Kunst haben, ohne indessen soviel darin leisten zu können, daß er als freier Künstler zu bestehen vermag. Enttäuschung und wirtschaftliche Mißerfolge werden ihn dann sein Leben lang begleiten, wenn er nicht imstande ist, sich in einen festen Beruf herüberzuretten. Deshalb gab der Vortragende den Rat, daß jeder, der Künstler werden will, sich mindestens als Rückhalt eine gründliche handwerkliche Berufsausbildung aneignen solle. — Staatssekretär Dr. Julius Hirsch gab einen Ueberblick über „Die Großunternehmung in der chemischen Industrie“, die er die führende Großindustrie im Geiste des modernen Fortschritts nannte. Aber in dem umfassenden Bild der lebensfördernden Leistungen dieser Industrie fehlte der Schlagschatten. Der Vortragende streifte nur flüchtig die Erfolge der modernen chemischen Industrie auf dem Gebiete der Lebensvernichtung durch Erfindung immer neuer Mittel zur Kriegführung.

tes.

Das Tauwetter.

Unwetterschäden und Hochwassergefahr.

Während des gestrigen Tages bis in die Abendstunden hinein war ein ganzes Heer von Straßenreinigern, Beamte der Städtischen Straßenreinigung und 4000 Arbeitslose, mit dem Beseitigen der Schlamm- und Eismassen beschäftigt. Die Reinigungsaktion wird auch noch den heutigen Sonnabend ausfüllen, um der Metropole wieder ein sauberes Aussehen zu geben. — Die Reihe der Glätteunfälle fand trotz des ziemlich schnell eingetretenen Tauwetters ihre Fortsetzung. Vierzehn Verletzte wurden mit Arm- und Beinbrüchen in die Städtischen Rettungsstellen eingeliefert. Ebenso mußte die Feuerwehr noch in den Nachmittagsstunden in zahlreichen Fällen bei Wasserrohrbrüchen, der typischen Erscheinung bei starken Temperaturwechseln, Hilfe leisten. Das Tauwetter — gestern wurden in Berlin 6 Grad Wärme gemessen — hält auch im Reich an. Schon laufen auch die ersten Hiobsbotschaften über drohende Hochwassergefahr ein. Besonders im Rhein- und Moselgebiet, wo starke Regenfälle niedergegangen sind, ist die Lage äußerst bedrohlich.

Wie aus Koblenz gemeldet wird, hat sich die Eisdecke der Mosel bei gleichzeitigem starken Steigen des Wasserstandes gestern vormittag in Bewegung gesetzt. Im gesamten Rheingebiet sind Regenfälle niedergegangen. Der Schnee ist fast restlos geschmolzen.

Trier, 23. Dezember.

Infolge der plötzlich einsetzenden warmen Witterung und des andauernden Regens ist hier Schneeschmelze eingetreten, die bei Fortdauer zu Hochwassergefahr führen muß. Die Mosel ist von gestern bis heute früh um 8 Uhr von 45 Zentimeter auf 2,42 Meter gestiegen. Der Fluß steigt jede Stunde um 10 Zentimeter.

Schwere Verkehrsstörungen in Sachsen.

Dresden, 23. Dezember.

Aus allen Teilen des Reichsbahndirektionsbezirkes Dresden, besonders aus Ostsachsen kommen immer neue Meldungen von schweren durch heftige Stürme verursachten Schneeverwehungen, die den Eisenbahnbetrieb und auch oft den Verkehr auf den Straßen außerordentlich stark beeinträchtigen. Auf der Strecke Dresden—Görlitz sowie auf einer ganzen Reihe anderer Strecken blieben zahlreiche Züge im Schnee stecken. Verspätungen von mehreren Stunden, ja sogar Einstellungen von Zügen sind an der Tagesordnung.

Breslau, 23. Dezember.

Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet: In der Gegend von Dittersbach und Lauban herrschte ein ungeheurer Föhnsturm von 30 Sekundenmetern, was einer Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometern gleichkommt. Die ungeheure Stärke des Sturmes läßt sich besonders daraus erkennen, daß er auf einer Station rangierende leere Eisenbahnwagen glatt umlegte.

Hamburg, 23. Dezember.

Nach Meldungen aus Itzehoe ist die Schiffahrt auf der Stör seit gestern ganz eingestellt worden. Das Steigen der Temperatur hat bis jetzt noch keine Besserung gebracht. Wie aus Husum gemeldet wird, ist die Lage dort nach dem Nachlassen des Frostes eher schlechter geworden. Pellworm ist völlig abgeschnitten; der Wagenverkehr ist unmöglich geworden, auch die Eisbootpost ist stillgelegt. Im Husumer Postamt häuft sich die Brief- und Paketpost für die Inseln. Der Plan einer Flugzeugverbindung wurde wegen zu hoher Kosten aufgegeben. Glücklicherweise herrscht auf den Inseln keine Lebensmittelnot.

Drei Eisenbahner erfroren.

Kattowitz, 23. Dezember.

Wie aus Rybnik eintreffende Eisenbahner berichten, sind drei ihrer Kollegen aus Oberschlesien während einer neunstündigen Fahrt auf einem Güterzuge auf der Strecke Kattowitz—Warschau erfroren. Die drei Eisenbahner sind unter der Wirkung der Kälte eingeschlafen und fanden so den Tod.

Ein Eisenbahnunglück ereignete sich am Donnerstagabend bei Rathenow. Infolge des Glatteises entgleiste gegen 9 Uhr abends ein Personenzug der Brandenburgischen Städtebahn. Zwei vollbesetzte Personenwagen stürzten um. Der Fahrgäste bemächtigte sich eine unbeschreibliche Panik; über 20 Personen trugen leichte Verletzungen davon. Vier Fahrgäste wurden schwer verletzt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Zeitweise aber meist trübe mit wiederholten Regenfällen, stark auffrischende südwestliche bis westliche Winde. — Für Deutschland: Im Westen ein wenig Abkühlung, im Osten weitere Milderung, im sonstigen Reiche keine Aenderungen, überall Regenfälle.

Briefkasten der Redaktion.

A. Nr. 100. Die Frage kann verschieden beantwortet werden. Wir raten, das Porto zu tragen.

„Weihnachtsmann!"

Von Trude E. Schulz.

Der Markt war zu Ende. Die Händler brachen ihre Buden ab und verluden ihren Kram auf die Wagen, die in dicht geschlossener Kette den Platz umstanden. Hier und da begann sich die Reihe schon zu lockern. Unter „hü" und „hott" zogen die Pferde an, Räder knirschten, rollten davon. Am Ende des Platzes fingen die Straßenkehrer schon mit ihrer Säuberungsarbeit an. Es schien, als hätten es heut' alle besonders eilig. Selbst die Autos an der Haltestelle wurden so lebhaft begehrt wie sonst nie. Kaum daß ein Wagen wenige Minuten stand, so hatte er auch schon einen Fahrgast gefunden, der meist mit Paketen schwer beladen war.

Heute war heiliger Abend.

Plötzlich stoppten die Straßenkehrer ihre Arbeit. Der Alte war gekommen. Er fand sich immer an Werktagen hier ein, um die Abfallhaufen nach verwendbaren Resten zu durchsuchen. Er kam von weit her, vom anderen Ende der Stadt. Seine Beute mochte auf dem Markt in der vornehmen Gegend ergiebiger sein als in einem armen Viertel. Manches wurde wohl hier zum Abfall geworfen, für das es dort noch willige Käufer gab.

Niemand wußte auf dem Platz, wie der Alte hieß. Aber alle kannten ihn, Straßenkehrer, Händler, Chauffeure. Man nannte ihn „den Alten". Die Straßenkehrer fegten nichts von den Resten fort, was der Alte nicht vorher durchstöbert hatte. Vieles wanderte in seinen Sack: unansehnliches Obst, Kohlblätter, einzelne Rüben, aber auch Papier und Kistenbretter.

Der Alte sprach nie. Selbst wenn einer der Chauffeure ihm ein appetitliches Frühstücksbrot zustreckte, so knurrte er nur unverständlich. Es schien, als habe er das Sprechen verlernt — falls er es je gekonnt hatte.

Sein Aussehen war erbärmlich. Er trug im Sommer wie im Winter, bei Regen und bei Sonnenschein eine Joppe und eine Hose, die in längst vergangenen Zeiten vielleicht eine Farbe gehabt hatten. Jetzt schillerten beide Kleidungsstücke speckig in unbestimmbaren Tönen. Auf dem Kopf hatte der Alte ein turbanähnliches Gebilde, das aus einem grauen Strickschal geknotet war.

Heute schien die Ausbeute besonders reich gewesen zu sein. Sein Sack war dick und prall. Obenauf hatte der Alte mit einem Strick die Tannenabfälle gebunden, die ihm ein Händler von dem Weihnachtsbaumstand geschenkt hatte.

So wollte er heimtraben. Da kam die Autodroschke Nr. 890 angefahren. Der Chauffeur beugte sich heraus, noch ehe der Wagen hielt, und rief den Straßenkehrern zu: „Hallo, ist der Alte noch da?" Die Straßenkehrer schrien aus Leibeskräften dem Alten quer über den Platz nach: „He, he, Alter!" bis der Alte sich umwandte und zurückkam.

Der Chauffeur von Nr. 890 zog unter seinem Sitz ein großes Paket vor: „Da, Großvater, weil heute Weihnachten ist?"

Er sah mit eifrigen Kinderaugen zu, wie der Alte es aufwickelte. Ein dicker schwarzer Chauffeurmantel und eine abgeschabte, pelzgefütterte Ledermütze kamen zum Vorschein. „Es sind bloß alte Sachen von mir, aber meine Frau hat sie ganz ordentlich instand gesetzt," sagte der Geber entschuldigend. Aber in seiner Stimme klang die Freude über die schönen warmen Dinge, die dem Alten doch augenscheinlich so bitter not taten.

Der Alte antwortete nichts. Mit heftigen, beinahe unwirschen Bewegungen fuhr er in den Mantel, der ihm viel zu lang war und fast bis auf die Schuhe reichte. Dann stülpte er sich die Mütze auf. Seinen Turban schob er in den Sack. Während seine Hände noch ein wenig verständnislos am Mantel entlangtasteten, sagte er: „Schön warm." In seinem mageren, zerfurchten Gesicht bewegte sich kein Muskel. Aber der Chauffeur begriff sehr gut, daß in diesen beiden Worten mehr Anerkennung für seine Gabe lag, als sie der überschwenglichste Dank hätte geben können. Er strahlte über sein ganzes gutes Jungengesicht: „Großvater, jetzt seh'n Sie aus wie 'n richtiger Weihnachtsmann!"

Da kam ein Fahrgast. Der Chauffeur drückte dem Alten schnell noch ein Geldstück in die Hand, kurbelte an und fuhr los.

Der Alte stapfte durch den dicken, grauen Straßenschmutz davon. Das weiße Flockengerieſel, das seit Stunden herabflaute, verwandelte sich auf dem Erdboden in schlammig-zähen Morast. Der Himmel hing tief herab und hüllte die späte Mittagsstunde schon in abendliche Dunkelheit. Aus den Läden, die sich in diesem westlichen Stadtteil zu endloser Kette reihten, schoß das elektrische Licht breite Garben von Helligkeit. Der Vorübergehende wurde von ihnen eingefangen und umschmeichelt: sieh! kauf! knisternde Seide! buntes Spielzeug! köstliche Blumen! appetitliche Fleischwaren!

Der Alte schritt ohne Interesse durch die Lichtfülle, an den hastigen Menschen vorüber, die ihm und seinem unsauberen Sack so weit auswichen, wie es das Gedränge in den Straßen zuließ. Er merkte es nicht. Mantel und Mütze umhüllten ihn mit angenehmer Wärme. Der zahnlose Mund zerkaute in der Erinnerung langsam die Worte, die die Gaben begleitet hatten, als koste er dabei ihre wohlige Behaglichkeit aus: „Da, Großvater, weil heute Weihnachten ist."

Das Wort „Weihnachten" weckte keine freundlichen Gedankenverbindungen für den Alten. Aber nun schmeckte es nach Wärme. Der Alte dachte an seinen kleinen Kochofen, an die angefaulten Aepfel, die er aus den Marktabfällen herausgesucht hatte und die in seinem Sack lagen. Wie schön würden sie auf der eisernen Platte braten!

Niemand sorgte für den Alten, und der Alte sorgte für niemand. In der Elendsgegend, in der er lebte, hatte jeder genug an sich selber zu denken. Der Alte hauste in einer engen Kammer, in der ein Bett mit einem schmutzigen Strohsack, zwei Kisten und ein Kochofen stand, und empfand weder Leid noch Kummer darüber. Nur für Kälte und Hunger war ihm noch Gefühl geblieben. Sonst war er stumpf und tot.

Nun aber stieg aus dem Satz: „Da, Großvater, weil Weihnachten ist," langsam eine Wärme empor, von der der Alte glaubte, sie wachse aus dem Mantel und der Mütze heraus; aber ihr Nährboden war ein lebendiges Menschenherz. Der Chauffeur von Nr. 890 hatte heute dem Alten außer den Kleidungsstücken und dem blanken Zweimarkstück noch etwas anderes geschenkt, wirkliche Festfreude, die im Glauben an den Menschen, in der Liebe zum Menschen ihre Wurzel hat.

Die Läden zeigten sich allmählich vereinzelter, in spärlicherem Licht. Ab und zu sprang das Wort „Weihnachtsmann" hinter dem Alten her und drang durch den Lärm der Straße an sein Ohr, dazu das Lachen von Frauen, die in dieser Gegend keine Furcht mehr hatten, daß sie sich an ihm beschmutzen könnten, und die ihm ihre kleinen Knirpse manchmal geradewegs in die Arme schickten. Dann zog der Alte die buschigen Augenbrauen in die Höhe und bewegte die Hand mit dem Stock halb winkend, halb drohend gegen die Kinder.

Die Straßen wurden stiller, menschenleerer, die Geschäfte immer unauffälliger. Nur die Kneipen betonten ihr Dasein durch Lärm und Fuselduft. „Weihnachtsmann!" der nun schon oft gehörte Ruf freute den Alten jetzt. Doch er wollte ohne Aufenthalt weitergehen, als eine andere Stimme erklang: „Quatsch nich, Lieschen, den ham bloß de Reichen. 's is 'n oller Mann."

Da blieb der Alte stehen, trat in den fahlen Dunstkreis einer Laterne, halfterte den Sack ab und wühlte lange darin herum. Endlich hatte er gefunden, was er suchte: vier mäßig faule Aepfel und, die Hauptstücke seiner heutigen Sammlung, zwei dicke, durchaus untadlige Apfelsinen, die sich bei dem eiligen Geschäft des weihnachtlichen Marktes in den Abfall verirrt haben mochten.

Er ergriff noch einen Tannenzweig, streckte dann die Hände mit dem Zweig und den Früchten weit von sich, so daß man ihren Inhalt deutlich erkennen konnte. „He," rief er, „ihr beiden!" Und unwillkürlich kamen ihm dieselben Worte auf die Lippen, die der Chauffeur gebraucht hatte: „Weil heute Weihnachten ist!"

Aus der Dämmerung eines Hauses lösten sich zwei winzige Kindergestalten; vier Hände packten gierig die hingehaltenen Gaben. Dann trabten vier Füße davon, so eilig, als müßten sie gestohlenes Gut in Sicherheit bringen. Erst im Schutz der Haustür machten sie halt.

Durch einen schmalen Türspalt starrten die Kinder dem Wunder nach, das sich, im langen schwarzen Mantel, den Sack auf dem Rücken, langsam in der Dunkelheit verlor.

Als der Alte in seiner Kammer angelangt war, machte er Feuer im Ofen und legte oben auf die Platte die beiden Aepfel, die ihm noch geblieben waren. Während er auf ihr Garwerden wartete, löffelte er ein Stück Brot, das er in Zichorienkaffee geweicht hatte. Dabei überlegte er, was er sich für die geschenkten zwei Mark leisten könne. Das Problem schien ihm sehr schwer zu bewältigen.

In tiefes Nachdenken verloren, glitten seine Blicke durch den Raum.

Da plötzlich erkannte er ihn. Er sah die Dinge, zwischen denen er so viele Jahre vegetiert hatte. Nein, er sah mehr. Die Wände schienen durchsichtig zu sein. Er konnte in alle Räume des Hauses blicken, in denen Diebe und Verbrecher, Kranke und Elende eine armselige Zuflucht hatten. Der Alte war wieder zum Menschen geworden; aber dieser Mensch stand nun in einer Welt, die er nur in jähem, furchtbarem Entsetzen begreifen konnte. Draußen, am anderen Ende der Stadt, lebte man in Glanz und Helligkeit — hier war Finsternis und Tod.

Plötzlich sah der Alte auf seinen Mantel, und wie gedankenlos murmelten seine Lippen: „Da, Großvater, weil heut' Weihnachten ist." Fast zuckte es wie ein Lächeln über seine Züge. Er erinnerte sich der furchtsamen, ungläubigen Kinderhände, die das Obst aus seinen Fäusten genommen hatten, und sagte noch einmal ganz leise: „Großvater."

Durch die dumpfe Luft der Kammer drang der Duft der langsam brodelnden Aepfel. Der Alte schnupperte ihn zufrieden schon halb im Traum.

Dann glitt er langsam hinüber in eine Welt ohne Elend und ohne Bitterkeiten, in eine Welt, in der alle Menschen und Dinge die Nr. 890 tragen und aus der er nicht mehr zurückzukehren brauchte.

Ein Weihnachtsfrieden.

Von Frontsoldaten und Heimkriegern.

Das Nachstehende ereignete sich am Weihnachtsheiligabend des Jahres 1914 in der Ploegsteerniederung, wo englische Volunteers (Freiwillige) und das kgl. sächsische aktive Infanterieregiment Nr. 107 „Prinz Johann Georg" aus Leipzig einander in halb ersoffenen Schützengräben gegenüber lagen: Ein junger Student aus Oxford schwang unversehens seine langaufgeschossene Gestalt über den Rand des Schützengrabens und schritt, ein weißes Taschentuch in der Hand schwingend, über das Niemandsland auf den deutschen Graben zu. Etwa dreißig Schritt entfernt blieb er stehen und wartete, freundliche, aber den biederen Sachsen ziemlich unverständliche Laute ausstoßend.

Nach kurzer Beratung erhob sich auch auf sächsischer Seite ein Mann und trat heraus: ein Leipziger Buchdrucker, der englische Schriften bei Tauchnitz setzte und daher der Sprache etwas kundig war. Er kehrte nach einiger Zeit zurück mit der frohen Botschaft, daß die Engländer den Vorschlag machten, am heiligen Abend Ruhe zu halten und nicht zu schießen.

Eine Viertelstunde später bot sich dem Auge ein seltsames Bild: Scharen von Soldaten flüteten von beiden Seiten aus den Gräben, ergossen sich über das Niemandsland, begegneten sich in der Mitte, schüttelten einander die Hände und kauderwelschten seltsame Sprachfetzen, deren Wortlaut niemand und deren Sinn jeder verstand. Am Ende gab es eine regelrechte Bescherung: die Engländer schenkten den Deutschen Shoppfeifen und ihren berühmten aromatischen Tabak, während sie dafür Dresdener Christstollen kennen und schätzen lernten. Am Ende des Abends sang ein Tenor des Leipziger Stadttheaters Weihnachtslieder, und die Engländer klatschten frenetisch Beifall.

Niemand dachte nach solchem Abend nächsten Tags daran, zu schießen. Außerdem war der erste Weihnachtsfeiertag und dann folgte der zweite. Und schließlich kam man auf beiden Seiten überein: Man wolle nicht aufeinander schießen, so lange nicht von oben her der ausdrückliche Befehl käme. In diesem Falle sollte der Waffenstillstand rechtzeitig 24 Stunden vorher aufgekündigt werden.

Auffälligerweise kam der Befehl zu schießen von oben nicht. Nicht während einer Woche, nicht während eines Monats. Das hatte freilich einen triftigen Grund. Denn diese Geschichte spielte, wie schon erwähnt, in der überschwemmten und versumpften Niederung, die Gräben ersoffen mit jedem Tage und die Soldaten mußten bis zu den Knien im Wasser stehen. Und da kamen die vorgesetzten Stellen auf die vorzügliche Idee, den Waffenstillstand auszunutzen, um in Ruhe eine befestigte Stellung über der Erde im Trockenen anzulegen.

So hatten die sächsischen Soldaten noch nie geschuftet wie in den Wochen nach Weihnachten. Baumstämme und Erdmassen wurden herantransportiert, von früh bis spät wurde geschanzt und geschleppt, ein gewaltiges Bollwerk entstand vor den ersoffenen Gräben. Aber war die Arbeit auch schwer, so war sie zum mindesten gefahrlos: kein Schuß wurde von drüben abgefeuert.

Ende Februar war die befestigte Stellung über der Erde fix und fertig ausgebaut. Aber erst im März erschien eine englische Deputation, um mitzuteilen, daß leider von morgen ab für sie der Befehl bestände, wieder zu schießen. Sie ersuchten dringend, sich nach 12 Uhr nicht mehr außer Deckung zu zeigen und sich überhaupt recht vorzusehen. — Um 12 Uhr des nächsten Tages verschwand der letzte deutsche Soldat hinter den neuen Wällen, wo jetzt die Mannschaften auf trockenem Boden standen. Aber erst um 3 Uhr fiel der erste englische Schuß . . .

Doch diese friedliche Angelegenheit hatte ein bitterböses Nachspiel. In Leipzig war durch Soldatenbriefe etwas über den Waffenstillstand bekanntgeworden, und an den Kaffeetischen des Bürger- und Spießertums flammte helle patriotische Entrüstung auf. Dort saß man zwar nicht bis zu den Knien im Wasser, aber man watete — im Geiste — bis zu den Knien in Engländerblut. Das blasphemische „Gott strafe England!" — „Er strafe es!" war zur normalen bürgerlichen Begrüßungsformel geworden. Und alle die patriotischen Bezieher und Bezieherinnen der „Leipziger Neuesten Nachrichten", von denen kein einziger bei Winterwetter ohne Schirm und Pulswärmer ausging, entrüsteten sich sittlich über die „Schande", die die Leipziger Brigade der 107er und 106er (bei denen es ebenso gewesen war) über ihre Vaterstadt gebracht habe. Eine Flut von Schmäh- und Entrüstungsbriefen ergoß sich über das Generalkommando, an den König wurden Petitionen gerichtet, und dem patriotischen Eifer blieb der Erfolg nicht versagt: Als Strafe für ihr schändliches Verhalten wurde die Leipziger Brigade aus dem Verbande des Armeekorps ausgestoßen und einer sogenannten „Fliegenden Division" (53. D.) zugeteilt, die jederzeit zur Verwendung stehen mußte, um an den gefährlichsten Stellen der Front eingesetzt zu werden.

Der Erfolg dieser Maßnahme war ein überaus herrlicher, im Sinne der Leipziger Heimkrieger sogar erhebender: Jedes der beiden Regimenter wurde im Laufe der nächsten Jahre ein paarmal fast völlig aufgerieben und mußte von Grund auf mit Ersatz wieder aufgepumpt werden: Erst bei Neuville, dann am Narew, dann vor Wilna, dann vor Verdun, dann zweimal hintereinander an der Somme. Der Gesamtverlust stellte sich bei 107 auf 2800 Tote und über 6000 Verwundete, bei 106 etwa ebenso hoch. Die Leipziger Heimkrieger hatten, wenn auch zum großen Teil auf Kosten ihres eigenen Fleisches und Blutes, glänzende Genugtuung erhalten.

Zum Schluß eine Versicherung für Ungläubige: An dieser Geschichte ist nichts erfunden und nichts hinzugedichtet. Dem Verfasser, der mit dem ersten Ersatz nach Neuville im Frühjahr 1915 zum 107. Regiment kam, ist sie von zahllosen Kameraden in ihren Anfängen übereinstimmend geschildert worden, und das weitere hat er selber mit erlebt.

Erich Kuttner

Praktische Geschenke und ihre Folgen.

Von Paul Franke.

Wir waren arm, denn Vater war früh gestorben. Deshalb hatte auch der Weihnachtsmann nie viel für uns übrig. Einmal bekam ich einen Sprengwagen, mit zwei Rädern und einem Pferd davor, alles aus Blech und in einem Stück und gelb angestrichen. Hinten hatte der Wagen einen richtigen Hahn zum Aufdrehen und das war das schönste an ihm. Als Mutter auf Arbeit war, wurde der Wagen seinem eigentlichen Zwecke, dem Sprengen, zugeführt, und der ganze Teppich berieselt. Mutter merkte das natürlich, als sie abends nach Hause kam und es gab Keile. Ich durfte also mit dem Wagen nicht mehr sprengen und deshalb entfernte ich den Hahn, steckte in die Oeffnung ein kleines Weihnachtslicht und fuhr den Wagen mit dem brennenden Licht solange spazieren, bis er plötzlich von der Hitze auseinanderschmolz. Danach gab es Keile.

Ein andermal bekam ich von einer Tante ein altes Schaukelpferd mit schönem grauem Fell. Da es durchaus nicht fressen wollte, mußte ich mal nachsehen, wie es innen beschaffen sei, und schnitt ihm daher mit einem Küchenmesser den Bauch auf. Und als Mutter abends nach Hause kam, gab es Keile.

Mutter sagte jetzt, wenn ich mich nicht bessere, käme ich in ein Waisenhaus. Davor hatte ich mächtige Angst. Meine Schwester bekam dann eine Puppenkochmaschine mit allerlei kleinen Töpfen drauf. Unten war ein Blechkasten für die Spiritusfeuerung. Da wir aber keinen Spiritus hatten, nahmen wir Petroleum aus der Lampe. Das wollte erst nicht recht brennen, qualmte und stank fürchterlich. Erst als wir einen Lappen und etwas Papier nahmen, ging es. Auf einmal gab es einen mächtigen Bums und die Kochmaschine und alles, was drauf stand, waren kaputt. Jetzt war die Geduld meiner Mutter zu Ende. Am andern Morgen ging sie mit mir in ein großes Haus, wo ich einem dicken Mann vorgestellt wurde. Der schimpfte mächtig, sprach vom Teufel, von der Hölle, von der Bibel und vom lieben Gott. Dann haute er mir eine runter.

Aber das Jahr ist lang und bis Weihnachten war alles vergessen. Kurz vor Weihnachten kam eine Dame von der Kirche und fragte, was ich mir denn wünschte. Bescheiden, wie ich als kleiner Knirps war, wünschte ich mir ein Haus.

Aber wie sah das Ding aus. Ein kleiner hölzerner Kasten mit abnehmbarem Dach und darinnen kleine, bunte, hölzerne Tiere. Das wäre die Arche Noah, sagte man mir. Und da diese ja nach der Biblischen Geschichte bei der Sintflut 40 Tage und Nächte umhergeschwommen war, holten wir, als Mutter wieder mal weg war, die große Waschwanne unterm Bett vor, füllten sie bis an den Rand mit Wasser, setzten die beiden Goldfische hinein und dann die Arche. Da die Wanne von vielem Liegen aber spak war, strömte das Wasser aus den Fugen. Wir wischten und wischten. Und erst als die Wanne leer war, konnten wir aufhören. Aber wo war die Arche? Die war auseinandergeleimt, die bunten Tiere hatten die Farbe verloren und die beiden Goldfische lagen tot am Boden. Als Mutter abends nach Hause kam, versteckten wir erst die Arche. Aber dann kam die liebe Nachbarin von unten herauf und sagte meiner Mutter, unsere Wasserleitung müsse entzwei sein, denn durch ihre Decke wäre es durchgelaufen. Was dann geschah, als die gute Frau, die uns verpetzt hatte, weg war, das will ich lieber nicht erzählen.

Die überflüssige Golddiskontbank.

Eine unkontrollierte Reichsbankfiliale. — Gesetz oder persönliches Regiment?

Zur Politik der Reichsbank wird uns geschrieben:

Die Golddiskontbank ist ein paar Monate nach der Markstabilisierung, im April 1924, gegründet worden mit dem ausgesprochenen Zweck, um der deutschen Exportindustrie Goldkredite zu gewähren. Diesem Zweck ist sie heute weitgehend entfremdet. Ursprünglich sollte die neue Bank nach der Idee des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht dazu dienen, neben den Rentenbanknoten noch Goldnoten in den Verkehr zu bringen. Aber das Dawes-Komitee, das sich damals selbst mit der Absicht trug, eine eigene Goldnotenbank für Deutschland zu gründen, beschnitt die Schachtschen Pläne und gestand nur eine Goldnotenausgabe in Höhe von 5 Millionen engl. Pfund Sterling gleich rund 100 Millionen Reichsmark zu, so daß man schließlich überhaupt auf die Ausgabe von Goldnoten verzichtete.

Rechnung in englischer Währung.

Bei der damaligen Geld- und Währungslage konnten die Mittel zur Förderung der Exportindustrien nur mit Hilfe des Auslandes beschafft werden. Ein Londoner Bankenkonsortium stellte hierzu einen Kredit von 10 Millionen Pfund gleich rund 200 Millionen Mark zur Verfügung. Das Gründungskapital wurde entsprechend dem gewährten Kredit auf 10 Millionen Pfund festgesetzt, aber tatsächlich nur mit 6,3 Millionen Pfund eingezahlt. Inzwischen hat die Reichsbank im Austausch gegen Reichsbankanteile das ganze Kapital, also die 6,3 Millionen Pfund gleich rund 126 Millionen Mark selbst übernommen.

Der eigentliche Zweck der Golddiskontbank, die Gewährung von Exportkrediten ist in dem geplanten Umfange nie verwirklicht worden. Der Höchstbetrag der gewährten Goldkredite blieb auf ungefähr 14 Millionen Pfund gleich etwa 280 Millionen Mark beschränkt. Das lag daran, daß sehr bald der große Kapitalzufluß aus dem Auslande einsetzte und die deutschen Privatbanken bzw. die Großindustrie sich selbst aus dem Auslande Kredite in fast unbegrenzter Höhe besorgen konnten. Während der Uebergangszeit hat die Golddiskontbank, die anfänglich ihre Kredite zu bedeutend billigeren Sätzen abgab als die Privatbanken, eben wegen der billigen Kreditgewährung einem Teil der deutschen Wirtschaft entschieden genützt. Mit dem Nachlassen der eigenen Goldkreditgewährung und ihrem Ersatz durch die Privatbankenvermittlung war der ursprüngliche Gründungszweck aber hinfällig und die Golddiskontbank überflüssig. Man fand jedoch bald eine neue Aufgabe für das Institut, von der nachher die Rede sein soll. Vorher noch ein Wort über

das Verhältnis zur Reichsbank:

Die Reichsbank besitzt alle Kapitalanteile der Golddiskontbank, die Geschäftsräume gehören der Reichsbank, die Beamten der Bank sind Reichsbankbeamte, mit anderen Worten: die Golddiskontbank ist nichts anderes als eine Abteilung der Reichsbank, ihre Politik ist Reichsbankpolitik, und von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Geschäftsgebarung der Golddiskontbank nur zu betrachten. Die Reichsbank gehört dem ganzen Volke; wenn also die Golddiskontbank als ihre Filiale mit ihren billigen Krediten einem bevorzugten Teile der deutschen Industrie Vergünstigungen verschafft, so bedeutet das, daß andere Teile der Wirtschaft entsprechend zu kurz kommen müssen.

Kreditaktionen für die Landwirtschaft.

Die zweite Aufgabe der Golddiskontbank bestand in einer überaus großzügigen Kreditaktion für die Landwirtschaft. Auf Veranlassung des Reichsbankpräsidenten gab die Golddiskontbank im Frühjahr 1926 der Rentenbankkreditanstalt die Zusicherung, im ganzen bis zu 360 Millionen Mark drei- bis fünfjährige Hypothekarschuldscheine dieses Instituts zu übernehmen, auf Grund deren die Rentenbankkreditanstalt gleich befristete Hypothekardarlehen an die Landwirtschaft gewähren wollte. Diese Darlehen sind von der Rentenbankkreditanstalt in voller Höhe ausgegeben worden, die Golddiskontbank ist bis jetzt zwar nur mit 280 Millionen Mark in Anspruch genommen, aber die restlichen 80 Millionen dürften in allernächster Zeit ebenfalls bei ihr abgerufen werden. Die Zinsen für die Hypothekarschuldscheine sind auf den damals und heute schon wieder verhältnismäßig niedrigen Zinssatz von 7 Proz. festgesetzt, was also wiederum eine Bevorzugung eines Teiles der deutschen Wirtschaft, das heißt der Landwirtschaft, zu Ungunsten der übrigen Wirtschaft bedeutet.

Nach dieser Finanzoperation blieb von dem Gründungszweck der Golddiskontbank kaum mehr als der bloße Name übrig, sie wurde damit in Wirklichkeit zu einer Art Hypothekenbank, oder besser zu einem kurzfristigen Realkreditinstitut mit Rückgriffsmöglichkeit auf die Notenbank und das Notenprivileg. Dem der Landwirtschaft, speziell dem Großagrariertum, zugeschanzten Vorteil stehen

bedenkliche volkswirtschaftliche Nachteile

gegenüber. Einmal ist es schon gefährlich, Kredite auf 3 bis 5 Jahre zu geben, wenn die Mittel — wie es bei der Golddiskontbank der Fall ist — nur kurzfristig zur Verfügung stehen. Ihre Mittel bestehen in der Hauptsache aus öffentlichen Geldern (vom Reich, Reichsbahn usw.), die nach Bedarf abgerufen werden. Sobald das in stärkerem Umfange geschieht, muß die Golddiskontbank entweder ausländische Kredite in Anspruch nehmen (sie hat einen offenen Kredit von 30 Millionen Dollar gleich rund 120 Millionen Mark bei einem New-Yorker Bankenkonsortium) oder sie muß die Hilfe der Reichsbank anrufen. Die Reichsbank hat der „Golddiskont"bank auch schon wiederholt beispringen müssen und die angeforderten Mittel gegen Beleihung der im Besitz der Golddiskontbank befindlichen Hypothekarschuldscheine zur Verfügung gestellt. Die Gelder, die auf diesem Wege der Landwirtschaft zugute kommen, fehlen aber an anderer Stelle, da sie bei gleichbleibendem Notenumlauf doch nur durch Einschränkung der Wechseldiskontierungen der übrigen Wirtschaft freigemacht werden können.

Es kommt ein weiteres Bedenken hinzu: Der Reichsbank ist es durch das Bankgesetz aus guten Gründen untersagt, länger als auf drei Monate Kredite zu geben. Sie umgeht diese Bestimmung durch die Einschaltung der Golddiskontbank. Ferner verbietet das Bankgesetz, verzinsliche Depositen anzunehmen; die Reichsbank aber nimmt mit Hilfe der Golddiskontbank verzinsliche Einlagen von Reich und Reichsbahn usw. entgegen und muß ihrerseits — wenn auch wieder über ihr Tochterinstitut — zur Aufbringung dieser Zinsen Geldmarktgeschäfte jeder Art betreiben. Sie ist bestrebt, die bei den öffentlichen Stellen aus Steuern, Eisenbahneinnahmen usw. anfallenden Gelder bei der Golddiskontbank zusammenzuziehen, sie zu verwalten und sie zu kontrollieren. In demselben Maße, wie ihr das gelingt, dehnt sich auch der Machtbereich der autonomen

Reichsbank auf die öffentlichen Betriebe

aus. Die bekannte Einstellung Dr. Schachts gegen die öffentlichen Betriebe muß es aber bedenklich erscheinen lassen, die Machtvollkommenheit des Reichsbankpräsidenten noch weiter zu vermehren. Es ist Zeit, daß das Parlament sich für eine klare Regelung des Verhältnisses zwischen der Golddiskontbank als Zentralstelle öffentlicher Gelder und der Reichsbank einsetzt. Das Recht und die Pflicht dazu ergibt sich daraus, daß einerseits die Golddiskontbank verschiedene von der Allgemeinheit zu tragende Privilegien genießt und daß andererseits die bisherige mißbräuchliche Benützung durch die Reichsbank keine Gewähr für eine der ganzen Volkswirtschaft gleich dienliche Verwendung der Golddiskontbank bietet.

Wie selbstverständlich die Reichsbank sich der Golddiskontbank für ihre eigenen Zwecke bedient, geht aus dem Reichsbankausweis vom 11. November hervor. Die Reichsbank übernahm von der Golddiskontbank für 190 Millionen Goldmark Devisen, die aus der Amerikaanleihe der Rentenbankkreditanstalt stammten. Dafür erhielt die Golddiskontbank Wechsel aus dem Besitz der Reichsbank in gleicher Höhe. Durch diese Transaktion, die in Wirklichkeit ja nur einen Buchungsvorgang innerhalb zweier Abteilungen der gleichen Bank darstellt, war es der Reichsbank möglich, ihre Entlastung auf dem Wechselkonto um 190 Millionen Mark zu hoch auszuweisen, was auf die Dauer die Beurteilung des Reichsbankstatus verdunkeln muß. Auch hier wiederum eine Umgehung des Reichsbankgesetzes, das in § 36 ausdrücklich einen Ausweis dieser 190 Millionen unter den Passiven vorgeschrieben hätte.

Die wiederholte Umgehung des Bankgesetzes, das auf den Grundsätzen einer rein volkswirtschaftlich orientierten Währungspolitik beruht, muß auf alle Fälle bedenklich stimmen. Grundsätzlich ist zu fordern, daß die Souveränität des Reichsbankpräsidenten an den Schranken des Gesetzes endet.

Gesundung bei der Bamag.

40 Millionen Aufträge. — Pintsch's Einfluß. — Stoppuhr und Akkorddruck.

Wir hatten bei der Besprechung der Sanierungsvorschläge der Bamag-Meguin A.-G., Berlin-Moabit, bereits darauf hingewiesen, daß die Bamag-Betriebe selbst kerngesund sind. Die Schwierigkeiten, in denen die Gesellschaft seit einigen Jahren steckt, sind rein finanzieller Art und bestehen erst seit der überraschenden Verschmelzung mit der hessischen Meguin Gesellschaft, deren überentwickelte und größtenteils stillgelegte Betriebe sich als eine schwere und anhaltende Belastung des Gesamtunternehmens erwiesen.

Nach dem jetzt veröffentlichten Verlustabschluß für 1926/27 in Höhe von 1,8 Millionen Mark, der einschließlich des Vorjahresverlusts sich auf rund 2,69 Millionen Mark erhöht, ist die Gesellschaft endlich zu der lange erwarteten finanziellen Sanierung geschritten. Die Generalversammlung genehmigte die Zusammenlegung des Aktienkapitals von 16 auf 5,33 Millionen Mark und zur Beschaffung neuer Mittel die Wiedererhöhung auf 12 Millionen Mark. Vor großer Bedeutung ist, daß der größte Teil der neuen Aktien von der Julius Pintsch A.-G., Berlin, einem Konkurrenzunternehmen der Bamag, übernommen wird. Ob Pintsch seinen jetzt maßgebenden Einfluß zu weiteren Bindungen oder zur endgültigen Verschmelzung mit der Bamag-Meguin A.-G. benutzen wird, ist bisher noch nicht klar.

Die aus der Kapitalzusammenlegung sich ergebenden Buchgewinne von 10,7 Millionen Mark werden zu Abschreibungen auf die in der Bilanz mit 16,60 Millionen Mark bewerteten Anlagen verwandt, wovon fast 7 Millionen Mark auf die durch die lange Stillegung am wenigsten ausgenutzten Butzbacher Werke entfallen. Die 6,7 Millionen, die dem Unternehmen aus der Kapitalerhöhung zufließen, reichen allerdings bei weitem nicht zur Zurückzahlung der Schulden aus. Von den mit 20,7 Millionen Mark ausgewiesenen Schulden entfallen 8,2 Millionen auf Bankschulden, 2,7 Millionen auf Wechsel, 3,7 Millionen auf sonstige Gläubiger und der Rest auf Anzahlungen und Beteiligungen. Den 8,2 Millionen Mark Forderungen wird also auch nach der Sanierung noch eine sehr beträchtliche Schuldsumme gegenüberstehen. Dagegen wird der Verlust durch die Auflösung der Reserven von 2,6 Millionen Mark bis auf 90 000 Mark getilgt.

Das ungünstige Bild dieser Bilanz vom 30. Juni entspricht jedoch nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Das letzte Jahr war ausgefüllt mit kostspieligen Versuchen und Projektarbeiten für neuaufzunehmende Produktionszweige, für die erst im laufenden Jahr die Aufträge zur Erledigung kommen. Das gleiche gilt für eine Anzahl Aufträge auf Gesamtanlagen größeren Ausmaßes, deren Ausführung sich auf ein bis zwei Jahre erstreckt. Nach den Erklärungen, die der Vorsitzende auf der Generalversammlung gab, bilden Gasanlagen auch weiterhin das Rückgrat für die Bamag-Betriebe. Die Aussichten hierfür sind bei der Entwicklung, die die Zentralisierung der Gasproduktion nimmt, sehr günstig. Aber auch im Großkranbau und den Betrieben der Aufbereitungsmaschinen für Bergwerke geht es vorwärts. Besondere Erwartungen setzt die Verwaltung in die neu aufgenommene Produktion von Verschwelungs- und besonders von Müllverbrennungsanlagen, deren erster Auftrag kürzlich für die Stadt Zürich durchgeführt wurde. Gleichfalls befriedigend sei das Auftragsverhältnis mit Rußland, für das die Gesellschaft Kokereianlagen und Krane herstellt.

Der zurzeit vorliegende Auftragsbestand von 40 Millionen ist angesichts des zu verzinsenden Kapitals von 12 Millionen Mark als hoch zu bezeichnen und gibt den Betrieben bis in den Sommer hinein Beschäftigung. Die Gesamtbelegschaft beziffert sich zurzeit auf etwa 5000 Mann, wovon jedoch auf Berlin-Moabit nur knapp 600 Arbeiter, dagegen 800 Angestellte (Hauptverwaltung) entfallen. Trotz der äußerst scharfen Rationalisierung in den Betrieben, hat sich die Belegschaft im ganzen also um etwa 1000 Mann vermehrt. Allerdings spricht der unnatürlich große Aufsichtsrat von 21 Personen nicht dafür, daß die Verwaltung, die im Drücken der Akkordlöhne und im Herausholen aus der Arbeitskraft der Belegschaft mit Hilfe von Stoppuhr und Kalkulatoren „Großes" leistet, bei sich selbst auch nur mit den notwendigsten Sparmaßnahmen beginnt.

Weitere Umsatzsteigerung der Konsumvereine.

Nach den Erhebungen des Zentralvereins deutscher Konsumvereine bei 63 Konsumgenossenschaften mit 1 534 879 Mitgliedern ist der durchschnittliche Wochenumsatz der deutschen Konsumvereine im Monat November wieder erheblich gestiegen. Er hat sich von 7,81 Mark auf 8,02 Mark pro Mitglied und Woche erhöht. Damit liegt gegenüber dem November 1926, auch wenn man pro Kopf und Woche 56 Pf. für das Ausscheiden der Papiersoldaten im September 1927 einrechnet, eine Steigerung des wöchentlichen pro Kopf-Umsatzes der Mitglieder um 27 Proz. vor. Die Umsatzsteigerung in den einzelnen Verbänden war verschieden; in Sachsen von 11,18 auf 12,55 Mark, das ist der höchste wöchentliche Durchschnittsumsatz der Verbände; im Verband südwestdeutscher Konsumvereine erfolgte eine Steigerung von 4,84 Mark auf 4,88 Mark. Der Umsatz selbst und das Tempo seines Wachstums in den verschiedenen Gebieten Deutschlands ist also von einer überraschenden Unterschiedlichkeit. Und es scheint in der Tat so zu sein, daß der Umsatz um so schneller wächst, je größer er geworden ist. Vielleicht ist nichts so sehr zur Verstärkung der systematischen Propaganda zu ermuntern geeignet als diese Erkenntnis, und mehr als je erweist sich, daß alle guten Leistungen bei den Massen nur wirklich großen Eindruck machen, wenn auch stark geworben wird.

Mussolini sozialisiert Buchgewinne.

Staatsschuld Akonto der Währungsstabilisierung getilgt.

Italien hat seine Währung stabilisiert. Aber Herr Mussolini macht ein Extrageschäft dabei. Ueberraschend, daß er es mit einem Akt der Sozialisierung tut. Aber wie bei Mussolini alles Talmi ist, so ist auch hier ein Schwindel dabei.

Die Banca d'Italia, die italienische Zentral- und Währungsbank, hat Gold- und Devisenbestände von 2,4 Milliarden Goldlire. Bisher hat sie in ihrer Bilanz Goldlira wie Papierlira aufgerechnet. Die Währungsstabilisierung führt zu einer Umrechnung der Goldlira in stabilisierte Papierlira. Dabei entsteht ein Aufwertungsgewinn oder, wie Kaufleute sagen würden, ein Buchgewinn. Und zwar ein Buchgewinn von rund 6,3 Milliarden Papierlire. Diese 6,3 Milliarden werden von Mussolini zugunsten des Staates beschlagnahmt, um die Schulden des italienischen Staates gegenüber der Banca d'Italia zu tilgen. Schuldig ist Italien an seine Währungsbank aus Banknotendarlehen, aus der Morgan-Anleihe und aus der Uebernahme von Goldbeständen anderer Banken rund 5 Milliarden Lire. Diese werden auf dem besagten Wege getilgt. Mussolini bleiben noch rund 1,3 Milliarden übrig.

Ein wundervoll einfacher Weg, Schulden loszuwerden. Ein Weg aber von einer staatspolitischen und kaufmännischen Unsolidität, wie er seinesgleichen nur im Lande Mussolinis finden kann. In Wahrheit greift nämlich Mussolini einfach in das Vermögen der nationalen Währungsbank hinein und tilgt die Staatsschulden aus der Substanz der Währungsbank. Zu einer solchen Sozialisierung ist allerdings nur Mussolini fähig. Denn vor dem geringsten Vorgehen gegenüber dem Privatkapital hat er eine Heidenangst. Dafür wird für das italienische Privatkapital der Arbeiterschweiß durch Herabsetzung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamteneinkommen „sozialisiert". Mussolini kam bisher ohne politisches Theater nicht aus. Aber daß er auch ohne den von Rechts wegen strafwürdigen gemeinen Betrug nicht auskommt, ist eine Note, die zu dem bisherigen Bilde Mussolinis noch gefehlt hat.

Noch immer sehr günstige Lage für Eisen und Stahl. Die Produktionsziffern für Rohstahl- und Walzwerkserzeugnisse im November, die jetzt in der Zeitschrift „Stahl und Eisen" veröffentlicht werden, lassen eine weiterhin günstige Lage der Großeisenindustrie erkennen. Die Rohstahlerzeugung betrug 1 400 690 Tonnen gegen 1 414 481 Tonnen im Oktober bei je 26 Arbeitstagen. Der Rückgang ist also ein ganz minimaler und beträgt bei der arbeitstäglichen Leistung von 53 873 Tonnen rund 530 Tonnen gegen den Vormonat. Auch bei der Walzwerksproduktion ist ein kleiner Rückgang von 1 113 470 Tonnen auf 1 096 930 Tonnen festzustellen, der bei der arbeitstäglichen Leistung von 42 206 Tonnen 1,28 Proz. ausmacht. Da das Novemberergebnis die Ziffern vom März bis September — mit Ausnahme des Rekordmonats August — noch übertrifft, so ist angesichts der weit vorgeschrittenen Jahreszeit die Lage der Großeisenindustrie als ausgesprochen günstig zu bezeichnen.

13 400 Beschäftigte im Glanzstoffkonzern. Zur Einführung der neuen 18 Millionen Stammaktien an der Börse veröffentlicht die Vereinigte Glanzstoffabriken A.-G. einen Prospekt, der eine Zwischenbilanz zum 30. September d. J. enthält. Bis auf 5,88 Millionen Mark sind die Einzahlungen auf die Kapitalerhöhung bereits geleistet. Da der Bezugspreis aber sehr niedrig war, kann die Steigerung der Bankguthaben von 10,2 auf 77,9 Millionen bei einer neuen Bankschuld von 29,1 Millionen nicht allein aus diesen Einzahlungen erklärt werden. Offenbar wurde in den dreiviertel Jahren des neuen Geschäftsjahres sehr stark verdient. Das gilt um so mehr, als die Beteiligungen, die auch sehr viel Geld gekostet haben, schon in der Bilanz mit rund 30,9 Millionen um über 10 Millionen höher ausgewiesen sind. Die Nachfrage war in diesem Jahre so stark, daß die Werke der Vereinigten Glanzstoffabriken und ihrer Tochtergesellschaften, die gegenwärtig 13 400 Mann beschäftigen, voll ausgenutzt waren. Auch für 1927 soll auf das jetzt auf 60 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital die hohe Dividende von 15 Proz. verteilt werden.

Rasch wachsende Autointeressen des AEG.-Konzerns. Die von uns bereits angekündigte Verschmelzung der Prestowerke A.-G. in Chemnitz und der NAG. (Nationale Automobil A.-G.) in Berlin wurde von der Generalversammlung der NAG. genehmigt. Damit sind beim AEG.-Konzern drei leistungsfähige Autofabriken konzentriert. Die Verschmelzung wird durch Aktienübergabe der NAG. an die Presto-Aktionäre vollzogen; zu diesem Zweck wird das NAG.-Kapital um 5,0 auf 17,0 Millionen Mark erhöht. Zu der Begründung des Vertrages führte der Vorsitzende aus, daß nach der erfolgreichen Verschmelzung mit der Protos A.-G. und der dadurch erlangten Verbindung mit dem Siemens-Konzern diese Aktion ein weiterer Schritt auf dem Wege des horizontalen Zusammenschlusses rentabler Autowerke sei. Um den Wettbewerb gegen die ungeheure ausländische Produktion bestehen zu können, müsse die „ungenügend geschützte" Autoindustrie (wann wird den Unternehmern der Zoll hoch genug sein? D. R.) sich auf breitester Grundlage organisieren. Von der Vereinigung der NAG. mit den Prestowerken sei durch Betriebsvereinfachungen eine erhebliche Senkung der Kosten zu erwarten, da bei dem gleichgerichteten Produktionsprogramm die Maschinen und Anlagen besser ausgenutzt werden können. Im Werk Chemnitz beschäftigen die Prestowerke zurzeit 1800 Arbeiter und haben in der dortigen Fahrradabteilung eine Jahresproduktion von 100 000 Rädern. Das Werk Leipzig, das nur Lastwagen von 1½ Tonnentyp herstellt, besitzt eine Belegschaft von etwa 300 Mann.

Der Chemietrust dehnt seine Filminteressen aus. Die J. G. Farbenindustrie A.-G. hat nach längeren Verhandlungen die Mehrheit der Anteile von 1,25 Millionen Mark der Lignose Film G. m. b. H. übernommen. Die Gesellschaft, die ihren Sitz in Berlin hat und in Büchen eine Filmfabrik betreibt, gehört zu der Gruppe der Lignose A.-G., Berlin. Da dieses Unternehmen auch an der Phoebus Film A.-G. sehr interessiert ist, so erhält die Verschmelzung Chemietrust-Lignose in Verbindung mit der Liquidierung der Phoebus Film A.-G. besondere Bedeutung. Mit dieser neuen Erwerbung werden die bisher in der „Agfa" zusammengefaßten Filmfabrikationsinteressen des Chemietrusts erheblich erweitert.

Die deutsche Stahlausfuhr nach Amerika keine Dumpingeinfuhr. Entgegen der Behauptung einheimischer Fabrikanten hat Schatzsekretär Mellon entschieden, daß die gegenwärtige Einfuhr von Stahlprodukten aus Deutschland nicht die Antidumpingbestimmungen des Tarifgesetzes verletzt.

Die Gutskäufe Berlins.

Sozialdemokratische Grundstückspolitik im Rathause.

Die großen Geländekäufe der Stadt Berlin in den letzten Jahren sind wiederholt Gegenstand der lebhaftesten öffentlichen Diskussion gewesen. Nachdem die private Terrainspekulation, insbesondere vertreten durch die Deutschnationalen, bereits des öfteren über die „uferlose" Grundstückspolitik der Stadt über „Verschwendung" u. ä. gezetert hatte, hat erst unlängst wieder Dr. Schacht in seiner unrühmlichst bekannten Bochumer Rede diese Geländekäufe unter den „Luxusausgaben" der Städte an erster Stelle aufgeführt. Die Sozialdemokratie im Rathause ist die unermüdliche Befürworterin und Treiberin bei diesen weitsichtigen Grundstückskäufen gewesen, und zwar aus folgenden Gründen:

Warum Gutskäufe?

Bei den Gutskäufen Berlins in den letzten Jahren muß man zwei Kategorien auseinanderhalten: die Käufe für Kanalisationszwecke und die Käufe für **Wohnzwecke**. Beide waren und sind **gleichermaßen dringend**. Es ist kein Geheimnis, daß die bisherigen **Rieselfelder** der Stadt den gesteigerten Bedürfnissen **nicht mehr gerecht** werden können. Eine Reihe von Rieselgütern droht in der Fülle der Fruchtbarmachung zu ertrinken, ihr Boden kann keine weiteren Fäkalien mehr aufnehmen; ein anderer Teil ist durch das Wachstum der Reichshauptstadt soweit in die Nähe der Wohnviertel gerückt, daß die weitere Berieselung aus **gesundheitlichen Rücksichten** nicht mehr geduldet werden kann. Wir haben namentlich im Norden und Osten neue Wohnstraßen, in die sich die Rieselfelder **fast hineinschieben**, Wohnstraßen, die dauernd vom „Duft" der Kanalisationsanlagen durchströmt werden. Um diese **hygienisch ganz unhaltbaren** Zustände so schnell wie möglich zu beseitigen, hat **die Sozialdemokratie** den Ankauf neuer Güter für Rieselzwecke betrieben, und sie weiß, daß sie damit im Interesse der Berliner Bevölkerung gehandelt hat. Die Gelder, die hierfür angewandt sind, sind für **die Gesundheit Berlins ausgegeben**. Neben diesen Käufen hat Berlin in den letzten Jahren in der Hauptsache drei große Terrains für **Wohnzwecke**, für die Anlage von **Freiflächen, Parks und Dauerwaldungen** erworben. Es sind dies: **Düppel-Dreilinden** im Westen, **Britz** im Süden und **Biesdorf** im Osten. Jedesmal handelte es sich hierbei darum, große, zusammenhängende Geländeflächen der **privaten Terrainspekulation zu entziehen** und sie nach einheitlichen Gesichtspunkten einer zweckmäßigen Bebauung unter besonderer Berücksichtigung des Bedarfs an **Licht und Luft, an Freiflächen, Spiel- und Grünplätzen** zuzuführen. Der Widerstand gerade gegen diese Käufe war, wie erinnerlich, außerordentlich groß. Handelte es sich doch hier nicht nur um die Grundstückspolitik, sondern auch um eine weitsichtige, den Interessen der **minderbemittelten Bevölkerung dienende Wohn- und Siedlungspolitik**. Der private Profit war also doppelt bedroht. Daß der Ankauf all dieser Terrains schließlich geglückt ist, ist

das alleinige Verdienst der Sozialdemokratie.

Die Kommunisten beschränkten sich hier wie immer auf grundsätzliche Manifeste und Proteste und überließen die praktische politische Arbeit zur Durchsetzung der Projekte ausschließlich der Sozialdemokratie. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen und Beratungen, um die privatkapitalistischen Widerstände zu brechen. Die schwierigste Arbeit erforderte das Schlußstück dieser Gutskäufe, der **Ankauf von Biesdorf**.

Bis in dieses Jahr hinein war **der Osten leer ausgegangen. Das wollte und konnte die Sozialdemokratie nicht dulden**, denn gerade hier an der Grenze der großen Arbeiterwohnviertel im Bezirk Lichtenberg ist ein in städtischen Händen befindliches Terrain ein Gebot der Notwendigkeit. Inzwischen war aber dank der Schachtpolitik kein flüssiges Geld für derartige „Luxusausgaben" mehr vorhanden. **Der Ankauf schien unmöglich. Da gelang es der geschickten Zusammenarbeit zwischen dem sozialdemokratischen Bezirksamt und der sozialdemokratischen Rathausfraktion, das Unmögliche möglich zu machen und das Gut Biesdorf ohne bares Geld zu kaufen. Die Verblüffung über diese Lösung war sowohl bei den bürgerlichen Vertretern der Privatspekulation wie bei den hilflosen Unpolitikern der Kommunisten ungeheuer.**

*

Ein vorläufiger Abschluß ist erreicht. Die Stadt Berlin hat im Westen, Süden und Osten große Gelände in ihrer Hand, sie ist Großgrundbesitzerin auf eigenem Grund und Boden. Sie kann jederzeit kontrollierend und regulierend auf den Grundstücksmarkt einwirken, sie kann, wenn es sein muß, auf Jahrzehnte hinaus das Bau- und Wohnbedürfnis in Berlin durch die öffentliche Hand befriedigen. Berlin hat — ohne eine sozialdemokratische Mehrheit — eine sozialdemokratische Grundstückspolitik betrieben, weil die sozialdemokratische Fraktion es verstanden hat, das Gewicht ihrer sachlichen Gründe wie ihrer zahlenmäßigen Stärke in gleichem Maße in die Wagschale zu werfen.

Das neue Steuerrecht und die Bodenreform.

Zwei hochbedeutende Vorträge veranstaltete das Freie volkswirtschaftliche Seminar am 14. und 15. Dezember im Hörsaal des Bodenreformhauses, Lessingstraße 11. Am 14. d. M. sprach Dr. Adolf Damaschke über „Grundzüge des neuen Steuerrechts". Er gab einleitend einen knappen geschichtlichen Rückblick, um zu zeigen, daß die Steuerpolitik schon wiederholt zu gewaltigen weltpolitischen Ereignissen geführt hat. Auch das Steuervereinheitlichungsgesetz, das bereits vom Reichswirtschaftsrat begutachtet ist, dient — gewollt oder ungewollt — dem großpolitischen Ziele der verfassungsrechtlichen Vereinheitlichung des Deutschen Reiches (Einheitsstaat), die auf dem Gebiete des Steuerwesens angebahnt worden ist durch die Erzbergersche große Reichsfinanzreform. In wohlweislicher Begrenzung des Themas beschränkte sich der Redner bei der Behandlung des sehr umfangreichen Gesetzentwurfs darauf, die besonderen Wünsche der Bodenreformer zu diesem Gesetz klarzumachen, deren wichtigste sind: Trennung des Bodens von Gebäuden und allen beweglichen Gütern bei der Steuereinschätzung und Staffelung der Umlagesätze nach der Größe des Besitzes. Die anschließende Aussprache zeigte, wie lebhaft die zahlreiche Hörerschaft von den Ausführungen gepackt war, die im wesentlichen als eine Einführung für den am nächsten Abend stattfindenden Vortrag von Prof. Dr. theol. v. Nell-Breuning, S.J., über „Publizität im Steuerwesen" gedacht waren. Prof. v. Nell drang tiefer in die Einzelheiten der Gesetzvorlage ein. Seine scharfsinnigen kritischen Darstellungen gipfelten in der Forderung größerer Klarheit und Durchsichtigkeit der Steuergesetzgebung. Auch die neuesten Steuergesetzgebungswerke seien so unklar und infolgedessen schwierig, daß sie nur Spezialisten verständlich, von der großen Masse der Steuerzahler aber einfach nicht begriffen werden. Der Redner fordert, daß Steuergrundwerte auf Grund durchaus objektiver steuerwissenschaftlicher Feststellung ermittelt werden. Soziale Rücksichten dürften sich erst bei Anwendung der Tarife auswirken.

„Ran an Berlin."

Seit einigen Wochen und Monaten zeigt sich in vielen kleinen und größeren Gemeinden der Kreise Teltow und Niederbarnim das lebhafte Bestreben, ebenfalls nach Groß-Berlin eingemeindet zu werden. So haben sich besonders in den Orten Erkner, Nowawes, Zeuthen, Eichwalde und Königswusterhausen Bewegungen geltend gemacht, die entgegen der vor Jahren vielfach entfesselten „Los-von-Berlin"-Agitation jetzt zu einem Schrei „Los von den Landkreisen" auszuarten drohen. So fand am 12. dieses Monats eine vom Grundbesitzerverein in Eichwalde einberufene Versammlung statt, die den Entschluß faßte, dahin zu wirken, daß Eichwalde zu Groß-Berlin komme. Gerade die Vorteile, die die ehemaligen Landgemeinden bei der vollzogenen Eingemeindung buchen konnten und die die „Los-von-Berlin-Bewegung zum Schweigen gebracht hat, sind das beste Agitationsmaterial für die in Frage stehenden Interessenten. Berlin kann der Entwicklung der Dinge in Ruhe zusehen und hat keine Veranlassung, zurzeit nach irgendeiner Richtung aktiv zu sein. Schließlich sollen die Kreise um Berlin ja noch lebensfähig bleiben. Immerhin wird man das Verebben der gegen Berlin gerichteten Bewegung und ihre Umwandlung in eine „Ran-an-Berlin"-Bewegung nur begrüßen können.

Aus der Partei.

Marxismus und Naturwissenschaft.

In dem soeben erschienenen Dezemberheft der „Bücherwarte" behandelt Prof. Dr. Hugo Iltis, Brünn, in einer Abhandlung „Entwicklungs- und Vererbungslehre" das äußerst wichtige Gebiet der biologischen Forschung und des Zusammenhangs zwischen Marxismus und Naturwissenschaft. Ausgehend von der Notwendigkeit, auch die Probleme der Naturwissenschaft unter dem Gesichtspunkte einer einheitlichen sozialistischen Weltanschauung zu untersuchen, gibt er eine Uebersicht der verschiedenen Stufen der Entwicklungs- und Vererbungslehre seit Lamarck und Darwin bis in die neueste Zeit. Seine Untersuchung gipfelt in der Feststellung, daß die Grundtendenz des Lamarckismus verwandt ist mit der Grundanschauung des Marxismus und daß dem Neo-Lamarckismus die Zukunft gehört.

In der Beilage „Arbeiterbildung" fesselt vor allem ein Artikel von Robert Breuer: „Die Verlängerung der Schutzfrist", in dem die Frage geprüft wird, ob man an der jetzt bestehenden literarischen Schutzfrist von 30 Jahren festhalten oder die von verschiedenen Seiten geforderte 50jährige Frist annehmen soll. — Nicht minder aktuell ist auch eine Rededisposition von Karl Mierendorff über das Thema: „Wann kommt der deutsche Einheitsstaat?" — In einem Artikel von Dr. Bruno Altmann: „Marxisten wider Willen", wird an einer Reihe von Beispielen das Vordringen der marxistischen Betrachtungsweise auch in der bürgerlichen Geschichtswissenschaft festgestellt.

Die „Bücherwarte" mit Beilage „Arbeiterbildung" ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post, alle „Vorwärts"-Expeditionen sowie die Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Arbeiterwohlfahrt. Achtung Losverkäufer!

Losabrechnung wird von Dienstag, den 27. Dezember, auf Donnerstag, den 29. Dezember, verlegt. Der Losverkauf ist möglichst zu steigern.

*

17. Abt. Die Bezirksführer müssen bis zum 30. Dezember die Markenbestände beim Kassierer Karle Höhne abgerechnet haben.
34. Abt. Die Bezirksführer werden ersucht, die Quartalsabrechnungen am 27. und 28. Dezember beim Genossen Fischer zu erledigen.
47. Abt. Die Bezirke, die noch nicht abgerechnet haben, müssen dies spätestens am 27. Dezember abends beim Abteilungskassierer nachholen. Die Revisoren wollen am 30. Dezember, 18 Uhr, zur Revision erscheinen.
81. Abt. Friedenau. Heute, Sonnabend, 24. Dezember, Zusammenkunft der Weihnachtskommission bei Klabe, Handjerystr. 60. Erscheinen aller Bezirksführer zwecks Abrechnung und Angabe der Erwerbslosen unbedingt erforderlich.

82. Abt. Steglitz. Sonntag, 25. Dezember, Weihnachtsfeier im Albrechtshof. Beginn 17 Uhr. Eintritt 50 Pf. einschließlich Tanz. „Vorwärts"-Leser und Freunde der Partei sind herzlichst willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Das Sekretariat bleibt heute und am 2. Feiertag geschlossen.

Heute, Sonnabend, 24. Dezember.

Gesundbrunnen: Treffpunkt zur Weihnachtsfahrt nach der Schorfheide 17¼ Uhr vor der Sperre, Abfahrt 17.35 Uhr. 1. Feiertag 7¼ Uhr vor der Sperre, Abfahrt 7½ Uhr. — **Neukölln I:** Sonntag, 25. Dezember, Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Reuterplatz. — **Tempelhof:** Sonntag-Montag Fahrt Freienwalde. Treffpunkt Sonntag 4 Uhr Dorf-, Ecke Berliner Straße.

Montag, 26. Dezember, 19½ Uhr.

Westen I: Weihnachtsfeier beim Genossen Georg Brauer, Steinmetzstr. 3. — **Charlottenburg:** Heim Rosinenstr. 4. Weihnachtsfeier. — **Charlottenburg-Nord:** Heim Olbersstraße. Weihnachtsfeier. — **Adlershof:** Heim [illegible] 18. Heimabend. — **Reinickendorf-Ost:** Heim Residenzstr. 46. Weihnachtsfeier. — **Buchholz:** Fahrt. Treffpunkt 18 Uhr Post. — **Falkplatz I:** Rodelfahrt. Treffpunkt 7½ Uhr Bhf. Gesundbrunnen. Schlitten mitbringen. — **Köpenick:** Heim Grünauer Str. 5. Weihnachtsfeier.

Dienstag, 27. Dezember, 19½ Uhr.

Gesundbrunnen: Schule Gotenburger Str. 2. 10-Minuten-Referate. — **Wedding-Nord:** Heim Gre-, Ecke Turiner Straße. Fahrtenberichte. — **Falkplatz I:** Schule Eberswalder Straße 10. Bunter Abend. — **Humannplatz:**

Junge, Junge!

Der Moslemmann versteht seine Sache. Jetzt hat er die

Moslem

für 3 Pfennig neu herausgebracht. Was durch die billige Verpackung gespart wird, kommt nur dem Tabak zugute.
Verlangen die neue Mischung!

Der Gruppenabend fällt aus. — **Nordost:** Heim Danziger Straße 62, „Einführung in den Sozialismus." — **Weißensee:** Parteiweihnachtsfeier. — Hasenheide: Heim Parkstr. 11. Weihnachtsfeier. — **Westen II:** Heim Bülowstraße 68. Weihnachtsfeier. — **Lichterfelde:** Heim Albrechtstr. 47. Weihnachtsfeier. — **Zehlendorf:** Südschule, Wilhelmstraße. Weihnachtsfeier. — **Neukölln II:** Heim Steinmetzstr. 114. Weihnachtsfeier. — **Neukölln IV und V:** Feierstunde im Heim Kanner Straße. — **Wohnsdorf:** Heim Wachtelstr. 1. Unterhaltungsabend. — **Reinickendorf-Ost:** Heim Residenzstr. 46. Heimabend. — **Britz:** Heim Rathaus. Funktionärsitzung. — **Tempelhof:** Filmabend der Partei: „Das rote Wien." Treffpunkt 19½ Uhr Dorf-, Ecke Berliner Straße.

Mittwoch, 28. Dezember, 19½ Uhr.

Wedding: Heim See-, Ecke Turiner Straße. „Rückblick und Ausblick." — **Humannplatz:** Heim Eberswalder Str. 10. „Unser Viertel." — **Rosenthaler Vorstadt:** Beteiligung an der Weihnachtsfeier der Partei. — **Charlottenburg-Nord:** Heim Olbersstraße. „Vom Handwerk zum Hochkapitalismus." — **Tempelhof:** Heim Germaniastr. 4–6. „Das Weihnachtsfest." — **Köpenick:** Weihnachtsfeier im Stadttheater. — **Lichtenberg-Mitte:** Heim Scharnweberstr. 29. „Religiöse Feste." — **Lichtenberg-West:** Heim Scharnweberstr. 29. Fahrtbesprechung. — **Falkplatz I:** Funktionärsitzung beim Genossen Struzal, Gleimstr. 51. — **Kaulsdorf:** Schule Adolfstr. 25. „Alt-Berliner Humor."

Arbeitersport.

Weihnachtsprogramm im Fußball.

Das diesjährige Weihnachtsprogramm fällt nur sehr mager aus. Das Hauptinteresse dürfte die Begegnung Nürnbergs mit Lichtenberg 11 erwecken. Die Nürnberger verfügen über eine außerordentliche Spielstärke. Lichtenberg konnte in den letzten Meisterschaftsspielen allerdings nicht überzeugen. Schuld daran mag aber sein, daß die Lichtenberger in jedem Spiel mit neuen Spielern antraten. Das Spiel beginnt um 14 Uhr und findet auf dem Sportplatz in der Hauffstraße in Lichtenberg statt. Alt-Glienicke erhält Besuch vom Sport-Club Steinbach-Hallenberg in Alt-Glienicke am Kirsberg und Lindenhof begrüßt den Fußballverein Wolfen. Am 2. Feiertag spielt Wolfen gegen Schöneberg auf dem Dominicusplatz. Britannia absolviert gegen Blitz in Lichtenberg, Wagnerplatz, das Retourspiel.

*

Sportverein Sparta-Berlin. Wintersonnenwendfeier am 1. Feiertag, 18 Uhr, Union-Festsäle, Greifswalder Str. 221. Eintritt 1 M. Gäste willkommen.

Arbeiter Schachklub Neukölln. Am 1. Weihnachtsfeiertag, 10 Uhr, Vereinstreffen im Lokal Benthin, Reuter-, Ecke Boddinstraße. Gäste willkommen.

SW. Moabit. 1. Feiertag, 9½ Uhr, Weihnachtswaldlauf durch die Jungfernheide, Seestraße. 18 Uhr Vereinsweihnachtsfeier im Artushof, Perleberger Straße 26.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Dienstag, 27. Dezember (3. Feiertag), ist das Gaubureau geschlossen. — **Weißensee:** Sonntag, 25. Dezember, 17 Uhr, gemütliches Beisammensein mit Angehörigen im „Grünen Baum". Ausgabe der Einlaßkarten für den 29. Januar 1928. — **Montag**, 26. Dezember. Mitte, Schutzsport: Wintertour in die Dubrow. Treffpunkt 7 Uhr Görl. Bhf., Spreewaldplatz. Sportgeräte mitbringen. **Köpenick:** 17 Uhr Weihnachtsbescherung der Kinder im Restaurant Wilhelmshof. Anschließend Tanz. Tanz 25 Pf. **Bernau:** 8½ Uhr Abmarsch von der katholischen Kirche nach Birnicke. Rückkehr 13 Uhr. Bannerkleidung. **Teltow:** 8½ Uhr Antreten beim Kam. Lücke. Ausmarsch nach Wannsee.

Deutsche Landsmannschaft der Provinz Posen. Weihnachtsfeier Dienstag, 27. Dezember, 19 Uhr, Kindl-Brauerei, Neukölln, Hermannstr. 214–219.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnb., 24. 12. 27	Sonnb., 24. 12. 27
Staats-Oper Am Pl. d. Republ.	**Städtische Oper** Bismarckstr.
Geschlossen!	**Geschlossen!**
Staatl. Schauspielh. am Gendarmenmarkt	**Staatl. Schillerth.** Charlottenburg
Geschlossen!	**Geschlossen**

Volksbühne

Theater am Bülowplatz	Th. am Schiffbauerdamm
Geschlossen	**Geschlossen**

Komische Oper
Vorverkauf
für die
Feiertage
den ganzen Tag ununterbrochen geöffnet
Nachmittags und abends
Alles Nackt
Die große Revue.

Renaissance-Theater
Heute geschlossen.
Morgen 3½ Uhr: Die Schule von Uznach
8 Uhr: **Coeur Bube.**

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37
Neu! **Klein-Kleckersdorf!** Neu!
Ausschneiden. Gutschein 1–4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

Reichshallen-Theater
8 Uhr
an beiden Feiertagen nachm. 3 Uhr

Stettiner Sänger
„Nottes u. ...ebenende"
Lebende Weihn.-Lieder
Donnolt-Bren'l!
Cabaret. Tanz. Carl Braun u. Ernst Walter

Residenz-Theater
8¼ Uhr
Der Sensationserfolg!
Schön sehn wir aus
30 lustige Bilder mit Henry Bender
Am 1. u. 2. Feiertag nachm. 3½ Uhr die ganze Vorstellg. zu halben Preisen.

Lustspielhaus-Bühnen
Dtsch. Künstler-Th.
Heute geschlossen
Morgen 8 Uhr:
„Evelyne"
Lessing-Theater
Heute geschlossen
8 Uhr
Schinderhannes

Metropol-Th.
Heute geschlossen
Morgen 8 Uhr:
„Die schöne Helena"
Oper. v. Offenbach
Dir.: Schilling.
Uebersetzg. Fulda.
Ausst. Kainer.
Max Pallenberg, Violetta de Strozzi, August Boehfig

Th. im Admiralspalast
HALLER-REVUE
„Wann und wo"
An beiden Feiertag. je 2 Vorstellg. 3 Uhr u. 8¼ Uhr
Nachm. die ganze Vorstellung zu halb. Preis.

Deutsches Theater
Norden 10334–37
Heute geschlossen!
Morgen sowie an den Feiertagen
8 U. Ende 11 U.
Dorothea Angermann
v. Gerh. Hauptmann
Spl.: Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334–37
Heute geschlossen
Morgen sowie an den Feiertagen
8¼ Uhr
Ende nach 10 Uhr.
Bronx-Expreß

Die Komödie
Bismarck 2414-7516
Heute geschlossen!
Morgen sowie an den Feiertagen
8¼ U. Ende 10½ U
Die Ehe von Welt

Großes Schauspielhaus
bis einschließlich 24. Dezember
geschlossen
wegen Vorbereitung zur **Premiere** am 25. Dezember

Berliner Theater
Direktion Kuhnert.
Charlottenburg 90 91, Dönh. 176
Täglich 8 Uhr
Max Adalbert
in **„Knock-out"**
1. u. 2. Feiertag 4 U.
Adalbert und Landa
in **„Müllers"**
Preise 1–6 M.

Piscatorbühne
Theat. a. Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
Anf. 8, Ende nach 11
Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand
von Alexey Tolstoi und Schtschegolew
Insc. Erwin Piscator

Renaissance-Bühne
Th. Königgrätz. St.
Bergm. 2110
8¼ Uhr
Schloss Wetterstein
von Wedekind
Regie Victor Barnowsky

Komödienhaus
Norden 6304
8.15–10.40 Uhr
Hokuspokus
von Curt Götz

Kleines Theater
An beid. Feiertagen 4 Uhr
Eine Kleine ohne Bedeutung
Erika Glässner, Eugen Burg, Max Landa.

Neues Theater am Zoo
Heute geschlossen!
Morgen 7½ Uhr:
Premiere
Heute Nacht - eventuell
Musik v. W. Bromme

Theater des Westens
An beid. Feiertag 4 Uhr
Münchhausen
Oper. v. E. Steffan
Rose Ader, Erik Wirl, Fritz Schulz, Hella Kürty, Ruth Albu, Strauss, Wohlgemuth
Vorvk. ununterbr.

Rose-Theater
geschlossen!

Planetarium am Zoo
Verläng. Joachimsthaler Straße
Noll. 1578
Geschlossen!

Thalia-Theater
An beid. Feiertagen
8 Uhr: **Der rote Hahn**
4 Uhr: **Max und Joseph Platt**

Walhalla-Th.
Weinbergsweg 19/20
An allen 3 Feiertag. abends 8¼ Uhr die große Operette
Wie Du küßt keine
Vorz. Park. statt 4,– auch Feiertag nur **60 Pf.**
An allen 3 Feiertag. nachm. 4 Uhr
Knecht Ruprecht Schneewittchen Frau Holle
von 33 Pfg an.
Am 1. Feiertag nachts 11 Uhr
Die Nacht der Frauen

Lustspielhaus
Heute geschlossen
8¼ Uhr
Guido Thielscher
„Unter Geschäftsaufsicht"

Am Dienstag, dem 27. Dezember

bleiben unsere Schalter und Bureaus für den Bank- und Sparkassenverkehr geschlossen. Lediglich für die Einlösung von Wechseln ist ein Schalter während der Zeit von 9–1 Uhr geöffnet.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.
Berlin S. 14, Wallstrasse 65.

Die neue Charell Inszenierung
Madame Pompadour
mit
Fritzi Massary
Premiere 25. Dezember 7½ Uhr
GROSSES SCHAUSPIELHAUS

KLEINE ANZEIGEN
in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem
sehr billig!

Krause-Pianos
zur Miete
W 50, Ansbacherstr. 1

Nur ein Tag.
Gänseverkauf.
Um auch der weniger bemittelten Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich ihre Festgans leisten zu können, haben wir beschlossen, heute, den 24. Dezember 1927 in unseren Räumen, Dircksenstraße 42, auch an Private **zu Engrospreisen** abzugeben.
Derushag, Dircksenstraße 42 Tel.: Norden 3430
2. Verkaufsstelle: Schöneberg, Belziger Straße 3
Geöffnet von 8–3 Uhr.

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig-Schkeuditz

Skandinavia
Friedrichstraße 94a–95
am Bahnhof Friedrichstraße
Eröffnung
Sonntag
1. Weihnachtsfeiertag
abends 7 Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Der Weihnachtsfeiertage wegen findet die **Sitzung der Engeren Ortsverwaltung** am Dienstag, 27. Dezember, nicht statt.

Montag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag), **vorm. 10 Uhr, im „Jugendheim" des Verbandshauses, Linienstraße 83-85** (Portal I, 2 Treppen)

Konferenz

der auswärts auf Montage arbeitenden Rohrleger und Heizer.

Tagesordnung: 1. Abänderungen des Tarifvertrages. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Es ist unbedingt notwendig, daß die beteiligten Kollegen zu dieser Konferenz, in der wichtige Mitteilungen gemacht werden, erscheinen.

Achtung! Außenmonteure Achtung!

Montag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag), **vormittags 10 Uhr, in den Sophien-Sälen („Sängersaal"), Sophienstr. 17/18**

Versammlung

aller außerhalb auf Montage befindlichen Kollegen der Metallindustrie mit Ausnahme der Rohrleger u. Heizungsmonteure.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Das Erscheinen aller Monteure wird erwartet.

Spielplan

unserer **Kulturabteilung.**

In der Woche vom 27. bis 31. Dezember:
1. Das Werden des Menschen (von der Empfängnis bis zur Geburt). Hersteller: Cob-Film, Kurfürstendamm 14/15.
   Für Jugendliche verboten.
2. Maschinenschau Leipzig 2. Teil.

In der Woche vom 2. bis 8. Januar 1928:
1. Der Schachspieler (Der Gefangene einer Kaiserin).
2. Maschinenschau Leipzig 3. Teil. (Deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie).
3. Baierstrauben.

In der Woche vom 9. bis 15. Januar 1928:
1. Die letzten Tage von Pompeji.
2. Aus der Tropensonne in die Gefriermaschine.
3. Humoreske.

In der Woche vom 16. bis 22. Januar 1928:
1. Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.
2. Elektrisches Lichtbogenschweißen.
3. Humoreske.

Dazu für jede Vorstellung die neueste Wochenschau mit einer Einlage.

Anfragen wegen Ueberlassung und Besuch der Abteilung sind telephonisch oder schriftlich an das Bureau, Kulturabteilung, zu richten.

Die Ortsverwaltung.

Metallkartell

Mittwoch den 28. Dezember, abends 6½ Uhr, im „Dresdener Kasino", Dresdener Straße 96

Versammlung

aller Metall-, Transportarbeiter aus dem Verband Berliner Metallindustriellen-Betrieben.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen mit dem VBMI. 2. Diskussion.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches einer dem Metallkartell angeschlossenen Gewerkschaft.

Das Metallkartell.

Eisu-Metall-Betten,
Kinderbetten, Stahlmatr., **günst.** an Priv. Kat. 204 fr. **Eisenmöbelfab. Suhl** (Thür.)

Am 22. d. Mts. starb nach schwerem Leiden im Alter von 66 Jahren mein lieber Mann unser guter Bruder, Schwager und Onkel der Bürstler

Otto Jäkel

Dies zeigt tiefbetrübt an
Frau Jäkel,
Neukölln, Friedelstraße 42

Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 27. Dezember, nachmittags 1½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

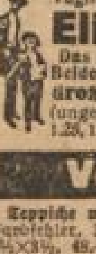
Am Donnerstag, dem 22. Dezember, mittags 12½ Uhr, starb plötzlich und unerwartet mein lieber, herzensguter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

August Glüge

im gerade vollendeten 70. Lebensjahre.
Um stilles Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen.
Ww. Wilhelmine Glüge, geb. Zabel und Kinder.

Die Einäscherung findet Dienstag (3. Feiertag), 27. Dezember, nachm. 6 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstr. 221, statt.

Geschenkliteratur
Ganzleinen geb. mit Deckelpressung
ADOLPH HOFFMANN
AMORETTEN
Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe — 104 Seiten stark. —
V. Pädagogen, Aerzten, Juristen und Presse glänzend beurteilt
Spätherbstblüten
Gereimte und unger. Lebensbilder
Mit Porträt u. Faksimile des Verfass. sowie 6 Vollbilder u. Schelvignette auf Kunstdruckpapier von WILLI STEINERT
Jedes Buch kostet gebd. **2 M.** Porto u. Verpackg. 0,25 M.
Kartoniert 1.00
Zu beziehen durch:
Sämtliche Vorwärts-Ausgabestellen und deren Botenfrauen
sowie direkt vom Verlag
Adolph Hoffmann, Berlin O 17, Koppenstr. 6, II.

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagnachm. 3 U.

Elite-Sänger
Das koloss. Weihnachtsprogr.!
Beide Feiertage nachm. 3 Uhr (15) **große Familien-Vorstellung** (ungekürzt) Volkspreise 50 Pf., 1.–, 1.25, 1.50, 1.90, 2.20. 8 Tage Vorverk.

Verkäufe

Teppiche mit Farbfehlern. 2×3, 24.—. Farbfehler, 2½×3½, 39.—. Farbfehler, 2¾×3¾, 48.—. Farbfehler, 3×4, 58.—. Farbfehler, 3×4, 69.—. Farbfehler, 3×4, 88.—. Körner, Potsdamerstraße Nr. 29a.

Riesenumsatz. Kinderwagen, Zwillingswagen, Klappsportwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel, allerniedrigste Preise, allerkulanteste Teilzahlung. Festangestellte gegebenenfalls ohne Anzahlung. Baß, Große Frankfurterstraße 47, gegenüber Markusstraße.

Spielsachen. Tierhandlung, Strausbergerstraße 13.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Ulster, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Herren-Gehpelze und Sportpelze. Besonders billig: Pelzjacken, Pelzmäntel im Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus Friedrichstraße 2, Belle-Alliance-Platz. Keine Lombardware.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben, Pelzwaren. Keine Lombardware.

Anzüge 15, Paletots 12, Federbetten Stand 25 an. Leihhaus Reinickendorferstraße 105, Weddingplatz. Keine Lombardwaren.

Kavalieranzüge, Winterulster, Rockpaletots, Tanzanzüge (Frack- und Smokinganzüge), Gehrockanzüge, auch leihweise) verkauft staunend billig Alexanderstraße 28a, Hochparterre.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Ministern, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Gehrockanzug, schwarzer, Größe 1,80, starke Figur, billig zu verkaufen. Elsasserstraße 21, 4 Treppen, bei Pehmöller.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—. Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203–204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardware.

Nähmaschinen

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Klosik, Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Tiermarkt

Papageien, graue und grüne, Sprechvögel. Wellensittiche, Schamadrosseln, Chinanachtigallen, Exoten, Dompfaffen, Stieglitze, Zeisige, Hänflinge, Kanarienroller, flott singend, Käfige. Stundenreelle Bedienung. Kleinert, Strausbergerstraße 13, Alexander 3313.

Möbel

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Englische Bettstellen mit Patentmatratzen 48.—, 68.—, 75.—. Ausziehtische 35.—, 48.— usw. Rohrstühle 6.50, 7.50, 8.75. Rohrbetten 29.—, 36.—, 45.—. Plüschsofas 98.—, 120.—, 185.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Komplette Küchen, moderne Ausführungen, 78.—, 98.—, 125.— usw. Flurgarderoben 30.—, 49.—, 65.—. Korbsessel und Tische von 6.90 an. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Schlafzimmer mit großem Spiegelschrank, Spiegel, Waschtoilette, 2 Betten, 2 Patentmatratzen, 2 Nachttische, 2 Stühle 345.—, 475.—, 580.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Speisezimmer: Birkenbüfett, Kredenz, Ausziehtisch, Lederstühle, aparte Form, reiche Bildhauerarbeit, 365.—, 485.—, 595.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Herrenzimmer: Große Bibliothek, Diplomat, runder Tisch, Ledermöbel, schwer gearbeitet, 295.—, 385.—, 490.—. Einzelne Diplomaten, Schreibtische, 79.—, 98.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Kleiderschränke, Nußbaum und Eiche, in prima Ausführungen, mit Spiegel 118.—, 15.— usw. Spiegel, Waschtoiletten 95.—, 125.—. Nachttische 19.50, 25.—. Apotheken, Metallbetten 19.50, 27.—, 30.—. Hausnummer achten.

Metallbetten, Chaiselongues, Auflegematratzen, Kinderbetten, Kinderwagen. Teilzahlung zu Kassapreisen. Spezialgeschäft. Schönhauser Allee 5, Schönhausertor.

Massenposten. Nußbaumbüfette, Kredenzen, Schreibtische, Schaumbaus. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Möbelkredit bis 20 Monatsraten. Schlafzimmer, Speisezimmer, Einzelmöbel, Küchen, Metallbetten. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Totalausverkauf. Nur ganz kurze Zeit verkaufen wir unsere riesigen Lagerbestände in Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Küchen und Einzelmöbeln zu jedem annehmbaren Preise. Möbelhaus Often, 30 Andreasstraße 30.

Musikinstrumente

Einzpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

30.— monatlich, ohne Anzahlung, nur Firmenpianos, langjährige Garantie, keine Phantasiepreise. Adam, Rollenbergplatz 7 (Piano-Adam).

„Abelten-Pianos." 20 000 im Gebrauch, preiswertes, volkstümliches Qualitätsinstrument. Fabrikgarantie, ohne Anzahlung. Monatsrate 30.— an. Pianohaus Hahn, Hedemannstraße 21, Ecke Friedrichstraße. Weihnachtssonntags geöffnet.

Sprechapparate 1,50 Teilzahlung. Riesenauswahl. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Schallplatten! Teilzahlung. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Pianos 290.—, 475.—, 575.—, gebraucht, große Auswahl in neuen; langjährige Garantie. Herer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. Teilzahlung.

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Teilzahlung! 2,50. Riesenauswahl weltbekannter Markenräder, spottbillig. Kinderräder 20.—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrräder, Brand, Reifposten, alle Gattungen spottbillig. Kraus, Große Frankfurterstraße 32.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christionat, Köpenickerstr. 20 (nahe Adalbertstraße).

Pistolen, Armeeformate, Jagdgewehre kauft Preußner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 244.

Verschiedenes

Saalbau Alpenhort, Invalidenstr. 82, Lehrter Bahnhof. Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Großer Ball. Treffpunkt der Strohwitwer. Erstklassige Stimmungskapelle. Große Silvesterfeier. Doppelorchester. Tischbestellungen rechtzeitig erbeten.

Coliseumsäle, Martin-Luther-Straße 89. Mittwochs, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags Elitebäll der reiferen Jugend.